

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis: für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gefaltete Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gefaltete Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellzeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Akademie für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Mörder Erzbergers und ihre Helfer.

In der politischen Mörderzentrale München sind die beiden Mörder Erzbergers, zwei ehemalige Offiziere, festgesetzt und in Berlin eine Mitwissersfamilie verhaftet worden; weitere Verhaftungen von Mitwissenden und Helfern stehen bevor. Die beiden Mörder sollen aus München geflohen sein. Über die ganze Angelegenheit liegen folgende Meldungen vor:

Die badische Staatsanwaltschaft in Offenburg hat als Mörder Erzbergers folgende beide Personen ermittelt:

1. Den am 20. Juli 1893 in Saalfeld an der Saale geborenen Sohn eines Arztes, den seit Ende April 1921 in München, Maximilianstraße 23, wohnhaft gewesenen gelehrten Kaufmann Heinrich Schulz.

2. Den am 27. Mai 1894 in Rön-Vindenthal geborenen, seit dem 1. Mai 1921 ebenfalls in München, Maximilianstraße 23, wohnhaft gewesenen früheren aktiven Seemanns- und späteren stud. juris Heinrich Tilsen. Die Personalien seiner Eltern sind noch unbekannt. Tilsen war an der Münchner Universität nicht immatrikuliert.

Schulz ist der Täter. Sein linkes Ohr ist am oberen Rande verkrüppelt. Der Aufenthalt der beiden ist jedoch nicht ermittelt. Der badische Generalstaatsanwalt Dr. Schlamm von Offenburg und Staatsanwalt Burger sind mit einem ganzen Stab von Beamten nach München gekommen. Im Interesse der Untersuchung soll nicht angegeben werden, wie lange sich beide in München aufgehalten haben. Sie sind aber am 21. August bereits in Oppenau bei Griesbach gewesen und haben dort im Gasthaus zum Hirschen gewohnt. (Der Mord geschah bekanntlich am 20. August.) Die Ermittlungen darüber, was die beiden vor ihrer Ankunft in Oppenau getrieben haben und wo sie gewesen sind, treffen jetzt erst ein. Schulz hat eine richtige kaufmännische Lehre durchgemacht, seit dem Kriegsende aber keine Stellung mehr gehabt.

Beide Mörder gehörten der Brigade Ehrhardt an, die den Staatsstreich Kapps am 18. März 1920 mit verbrochen hat. Über die Täter und die als Mitwisserin in Frage kommende verhaftete Familie, eine Apothekerswitwe mit ihrem Sohn und ihren Töchtern, schreibt Regierungsrat Dr. Weiß vom Berliner Volkspolizeibureau dem Lokalanzeiger:

Die badischen und die Berliner Behörden haben Hand in Hand zusammengearbeitet, und ihren schwierigen Ermittlungen ist es dann gelungen, mit Sicherheit festzustellen, daß Schulz und Tilsen die Mörder des Abgeordneten Erzberger gewesen sind. Beide haben in naher Beziehung mit einer sehr guten Berliner Familie gestanden, die aus Mutter (Witwe), mehreren Töchtern und einem Sohn, einem früheren Kadetten besteht. Die ganze Familie ist unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserschaft vor einigen Tagen in Haft genommen worden. Es ist festgestellt, daß Schulz und Tilsen Anfang August sich längere Zeit in Berlin aufgehalten und bei dieser Familie gewohnt haben. Dort wurden auch die jetzt verhafteten Bilder gefunden und beschlagnahmt. Ebenso einige Korrespondenz, die sowohl die Mörder wie die verhaftete Familie schwer belastet.

Die Verhafteten stellen entschieden in Abrede, vorher gewußt zu haben, daß die ihnen befreundeten Schulz und Tilsen mit der Absicht umgegangen seien, Erzberger zu ermorden, und weiter, daß ihre Freunde als Mörder in Frage kämen. Sowohl Schulz wie Tilsen, die beide Offiziere gewesen waren, gehörten seinerzeit der Brigade Ehrhardt an. Nach dort spinnen sich angeblich auch Fäden, d. h. ehemalige Angehörige dieser Brigade sollten mit in die Tat verstrickt sein. Die Ermittlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, dürften aber in den nächsten Stunden zu weiteren Verhaftungen führen.

Dazu wird aus Berlin noch halbamtlich mitgeteilt: Die Festgenommenen, unter ihnen ein ehemaliger Führer z. S. der 1919/20 zusammen mit den Mördern bei der Brigade Ehrhardt zusammengekommen waren, standen in naher Beziehung zu den Tätern. Drei Wochen vor dem Mord waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten hier vom 8. bis zum 11. August bei den Festgenommenen gewohnt. Die Hausdurchsuchung förderte mehrere Photographien der Mörder und mehrere schriftliche Aufzeichnungen zutage. Die Vernehmung der Festgenommenen hat ergeben, daß sie ihrer politischen Gesinnung nach auf rechtsradikalem Boden stehen und daß sie die Person und das Wirken Erzbergers auf das Schärfste verurteilten. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder eine Mitwisserschaft noch eine Mitschuld, noch eine Mitwisserschaft nachgewiesen werden konnte, sind sie am Dienstagabend von der Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Frankfurt a. M., 13. September. (M.) Zur Entdeckung der Spuren, die in der Mordaffäre Erzbergers nach München führten, erfährt der Münchner Korrespondent der Frankfurter Zeitung noch folgendes: Wie sicher sich die Täter fühlten, geht aus dem Umstand hervor, daß sie noch bis vor drei Tagen in München weilten und sich in ihrer Wohnung aufhielten. Seitdem sind sie spurlos verschwunden. Es haben am Dienstagnachmittag bereits Verhaftungen in der Stadt stattgefunden und den entsprechenden Gesellschaftstreifen stattgefunden. Das Ergebnis der Verhandlungen wird von der Polizei außerordentlich streng geheimgehalten. Angeblich sollen sich Anhaltspunkte für das Bestehen eines förmlichen Komplotts ergeben haben.

Weitere Verhaftungen.

München, 14. September. (M.) Zur Entdeckung der Mörder Erzbergers berichten die Münchner Neuzeit Nachrichten noch, daß im Laufe des gestrigen Tages in München zwölf Personen unter dem Verdacht der Mitwirkung an den Vor-

bereitungen zum Mord verhaftet wurden, von denen sechs wieder freigelassen wurden. In München wurde festgestellt, daß Schulz und Tilsen nach dem Tode Erzbergers noch einmal in ihre Münchner Wohnungen kamen. Der eine hat München bald wieder verlassen, wann die Abreise des zweiten erfolgt, ist noch nicht ermittelt.

Die Mitschuldigen.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Verbindung mit den Ermittlungen zur Feststellung der Mörder Erzbergers wurden in Berlin vor einigen Tagen mehrere Mitglieder einer Familie festgenommen, die engere Beziehungen zu den Mördern hatten. Sie stehen ihrer Gesinnung nach auf rechtsradikalem Boden. Da ihnen aber weder eine Mitwisserschaft noch eine Mitwisserschaft oder Begünstigung nachgewiesen werden konnte, wurden sie wieder aus der Haft entlassen. Die Freiheit bemerkt dazu: Gegen die liberale Haftentlassung muß der schärfste Protest eingelegt werden. Es komme der Öffentlichkeit nicht nur auf die Ermittlung der Mörder an, sondern es liege im Interesse der öffentlichen Sicherheit, auch die Hintermänner und Anstifter der Mordtat festzustellen. Diese Hintermänner, Anstifter und Geldgeber seien deutschnationalen Parteigänger, die es zu entlarven gelte. Die Freiheit fragt, warum der Name der deutschnationalen Familie, die den Mördern Unterschlupf geboten habe, verschwiegen werde. Geheimnisträumerei sei hier nicht am Platz; es handle sich um die Aufhebung der deutschnationalen Mörderzentrale.

Der Vorwärts sagt, das Entkommen der Mörder sei ein neues Ruhmeszeichen des Partikularismus der Kahr, Pöhlner, Escherich, Ehrhardt und Roth. Es sei jedenfalls nachgewiesen, daß die Mörder sich noch am 31. August abends in München aufhielten, und obwohl zu dieser Zeit das Signalement der Mörder längst bekannt war, das ganz charakteristische Merkmal aufwies, habe die Münchner Polizei keine Recherchen in jenen Kreisen der Geheimorganisationen veranstaltet, wo es so nahe lag, nach den Mördern zu fahnden. Deshalb halten wir trotz aller Ablehnungsversuche hauptsächlicher unsere Behauptung aufrecht, daß die Pöhlnerpolizei mitschuldig daran ist, daß die Täter entkommen sind.

Rechtsradikale Terrorgruppen.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit weist noch einmal darauf hin, daß innerhalb der früheren Freikorps, die sich heute Arbeitsgemeinschaften nennen, sogenannte Terrorgruppen gebildet seien. Einer Terrorgruppe liege die Aufgabe ob, erstens die Verräter in ihren eigenen Reihen beiseite zu bringen und dann sollen alle die, die in der Revolution eine führende Rolle gespielt haben, erledigt werden. Mit aller Bestimmtheit sagt sie, daß auch die Arbeitsgemeinschaft Korbach eine Terrorgruppe habe. Wenn also die Staatsanwaltschaft und wenn die Regierung den Mordmord ernsthaft bekämpfen will, dann muß sie in erster Linie diese Organisationen auflösen, die den Mord der politischen Gegner auf ihre Fahne geschrieben haben.

Um Kahrs Nachfolgerschaft.

Putschpläne der Reaktion.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einem sehr bemerkenswerten Artikel schreibt die parteiunabhängige Zentrums-Parlamentskorrespondenz zu den Vorgängen in Bayern: „Über die Nachfolgerschaft des zurückgetretenen Ministerpräsidenten v. Kahr steht schon irgend etwas zu sagen, muß durchaus nötig erscheinen, um so mehr, als Stimmen laut geworden sind, die von einer Wiederberufung des Herrn v. Kahr sprechen. Daß die bayerische Volkspartei unter allen Umständen gewillt sei, Herrn v. Kahr wieder zum Ministerpräsidenten zu machen, glauben wir nicht, denn da Herr v. Kahr sich die Formulierung des Vorschlages an die Reichsregierung, wie sie vom bündigen Ausschuss festgelegt war, nicht zu eigen machen wollte, ist er ja zurückgetreten. Außerdem verlautete, daß Herr v. Kahr als Voraussetzung für eine Wiederannahme der Regierungsbildung ein geschlossenes und uneingeschränktes Vertrauensvotum der bisherigen Koalitionsparteien verlangt. Für ein solches Vertrauensvotum sind aber die Demokraten und möglicherweise auch die Bauernbündler nicht zu haben. Daß auch jetzt wieder ultraradikale Heher und Führer an der Arbeit sind, die Differenzen zwischen Bayern und dem Reich noch mehr zu verschärfen, um auf Kosten der Allgemeinheit ihre Geschäfte zu machen, ist leider eine traurige Tatsache. Und daß rechtsgerichtete Kreise für die nächste Zeit Gewalttaten planen, dafür besitzt der Reichskanzler unauferhebbares Material. Von dieser Tatsache hat der Reichskanzler dem Vorstehenden der Deutschnationalen, dem Abgeordneten Hergt, Mitteilung gemacht und ihn dringend ersucht, seinerseits mit allem Nachdruck auf alle ihm zugänglichen Kreise einzuwirken, um sie von Rechtsbrüchen abzuhalten.“

Der Raubzug der Bejnaren.

J. B. Das Burgenland, drei Komitate in Westungarn mit annähernd vierhunderttausend vorwiegend deutschen Einwohnern, ein ehemals rein deutsches, den Alpenländern eingegliedertes Gebiet, das von einem Habsburger den ungarischen Ständen als Pfandpfand verschahert wurde, soll nach den Bestimmungen der St. Germainer und Trianoner Staatsverträge wieder Deutsch-Oesterreich einverleibt werden. Der St. Germainer Friedenspakt hat Deutsch-Oesterreich der wertvollsten und bevölkerungsreichsten Gebiete brutal beraubt. Die deutschen Sudetenländer, das kostbare, den Deutschen der Habsburgermonarchie so unendlich teure Deutschböhmen, einige rein deutsche Täler in Kärnten, ein Gebietsstreifen im nördlichen Niederösterreich: das alles fiel an die habgierigen Sieger, und Oesterreich fügte sich ohnmächtig und stumm dem Friedensdiktat. Die Großmächte, die Oesterreich verurteilten, gaben ihm nun das deutsche Burgenland, einen Teil der deutschen westungarischen Gebiete. Der Trianoner Vertrag wurde von der ungarischen Regierung vor Monatsfrist ratifiziert. Ungarn gelangte dadurch in den Besitz der Baranya, eines mit Naturschätzen, mit Kohle und Holz und fruchtbaren Getreideböden reich gelegenen Komitats mit der Hauptstadt Kiskisföld, das Jugoslawien besetzt hatte. Es empfing aber gleichzeitig die Verpflichtung, das Burgenland unverzüglich zu räumen, der Interalliierten Generalkommission in Oedenburg zum Zwecke der Abtretung an Oesterreich das Burgenland zu übergeben. Jugoslawien erfüllte seine Verpflichtung sofort. Ungarn konnte die Baranya ohne leisen Widerstand in Besitz nehmen. Indes die Räumung des Burgenlandes verlängerte die Bejnarenregierung, nachdem sie sowohl die Interalliierte Kommission als auch die österreichische Regierung bis zur letzten Stunde in dem Glauben gewiegt hatte, daß sie ihre Verpflichtungen restlos erfüllen werde. Die ehrlosen Gesellen in Budapest, deren usurpierte Herrschaft Hinterlist, Mordmorde, Wortbrüche und schamlose und grausame Gewalttätigkeiten kennzeichnen, hat den eben feierlich beschlossenen Friedensvertrag zertrüffelt. Ungarn hält widerrechtlich weit mehr als ein Drittel des burgenländischen Gebiets mit seinen regulären Truppen besetzt und überschwemmt den Rest des Gebietes mit wohlorganisierten und gut ausgerüsteten Freischärlerbanden, die sich bis zu einer Stärke von dreitausend Mann auf niederösterreichisches Gebiet vordrängen und vor wenigen Tagen der österreichischen Wehrmacht bei Kirchschlag ein regelrechtes Gefecht lieferten.

Der Handelskrieg der Bejnaren im Burgenland trifft in erster Linie die Entente. Zufolge der Bestimmungen des Trianoner Vertrages hat Ungarn das Burgenland an die von der Entente in Oedenburg eingesetzte interalliierte Generalkommission zu übergeben und Oesterreich das Burgenland aus den Händen der Generalkommission in Empfang zu nehmen. Gestützt auf diese Bestimmung des Vertrages erließen die Völksherrscher ein Verbot der Verwendung der österreichischen Wehrmacht bei der Besetzung des Burgenlandes. Lediglich schwache Gendarmerieabteilungen sollten mit österreichischen Verwaltungsbeamten in das geräumte Gebiet einziehen. Da es aber die Interalliierten trotz der sehr dringenden Vorstellungen der österreichischen Regierung unterließen, Ententetruppen zur Besetzung des Burgenlandes heranzuziehen, so konnte sich die Bandenbildung ungehindert entfalten. Die einmarschierenden Gendarmerietruppen wurden von starken Banden mit Maschinengewehrfeuer empfangen und vielfach zurückgeworfen, zahlreiche bereits besetzte Ortschaften mußten wieder geräumt werden, die österreichische Grenze ist von den schwärzenden Banden selbst auf das schwerste bedroht.

Die Entente, die es so eilig hatte, Ungarn zur Baranya zu verhelfen, die binnen vierundzwanzig Stunden der ägernden jugoslawischen Regierung den strikten Auftrag erteilt hatte, ihrer Verpflichtung nachzukommen, hat gegenüber der Bejnarenregierung ein erstaunliches Maß von Milde gezeigt. Westungarn setzte am 20. August an Oesterreich übergeben sein. Aber erst am 6. September ist die Note des Völksherrates an Ungarn ergangen, in der die ungarische Regierung an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemahnt und ihr die Räumung der burgenländischen Gebiete aufgetragen wird. Inzwischen ist Blut im Burgenland geflossen, inzwischen hat die Bejnarenregierung den Krieg auf österreichisches Gebiet getragen: aber für das konterrevolutionäre Ungarn weiß die Entente Gnade und Nachsicht zu üben. Zu dem zweierlei Recht, das die Entente Oesterreich und Ungarn gegenüber angewandt hat, tritt ihr konterrevolutionärer Instinkt und ihr konterrevolutionärer Charakter in ungezügelter Reinheit in Erscheinung. Der freien demokratischen Republik Oesterreich gegenüber kannte die Entente nur den Friedensvertrag, dessen Erfüllung sie bis zum letzten Buchstaben heilste, ja, dessen militärpolitische Bestimmungen sie noch vor der Ratifizierung durchzuführen erzwang. So wurde Oesterreich tatsächlich völlig wehr- und waffenlos gemacht. Anders ist jedoch die Rechtspraxis gegenüber Ungarn. Ungarn besitzt noch heute ein kriegstarkes, wohlgerüstetes Heer, das unter den Augen der Ententekommissionen

Zu diesen Mitteilungen des Statistischen Amtes ist zu bemerken, daß die Steigerung der Kosten für den Lebensunterhalt in Weichseln noch größer ist, weil die amtlichen Feststellungen, wie schon wiederholt nachgewiesen wurde, unvollständig sind.

Der Sturz der Mark.

1 Dollar = 109 Mark.

Die Mark fällt, die Gewinne steigen. Die Mark fällt weiterhin katastrophal, sie hat ihren bisher tiefsten Stand überschritten und damit den Spekulant gerade unerträgliche Wollstücken geschaffen, ihre Geldschränke zu füllen. 100 Mk. für 1 Dollar! Die Banken und Banken arbeiten mit Fieberhast. Sie sind außerstande, all ihre Aufträge zu erledigen. Mit jedem Fall der Mark steigen automatisch die Preise. Die Geldleute zehren daher mit ihren Spekulationen, und darauf ist im wesentlichen das Sinken der Mark zurückzuführen, direkt am Werke des deutschen Volkes. Was tut? Mögen Hunderttausende versinken, wenn nur die Drohen der Gesellschaft im Golde schwimmen.

Die Internationale 3 1/2.

Unter dem Ausfluß der Dessenität tagte am Sonntag in Berlin der Parteitag der KPD. Die Moskauer Kommunisten sind dabei nicht allzugünstig weggekommen. Zur Tagesordnung stand der Bericht der Delegation vom Moskauer Kongress. Es gab lange, erregte und höchst unklare Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Berichterstatter feststellte, die gesamte Delegation der KPD habe die Überzeugung gewonnen, daß der Reformismus in der Dritten Internationale völlig die Oberhand gewonnen habe. Zur Frage der Gründung einer neuen Internationale wurde beschlossen, ein vorbereitendes Bureau mit dem Sitz in Berlin zu schaffen.

Also befinden wir uns auf dem besten Wege zur 4. Internationale, in die die Trümmer der Dritten hinübergerettet werden sollen. Dann kommen die Rühle und Wespert und bezeichnen die Internationale der KPD als Reformismus. Die Folge, eine noch schlimmere Internationale Nr. 5, die freilich nichts anderes sein wird, als die Vereinigung verwirrter Literaten, die unter Ausfluß der Arbeiter eine „Arbeiter“-internationale nach ihrem Sinne zurechtstimmern.

Die Polizeialltag in Siegen.

Ueber die bereits gemeldeten Vorgänge in Siegen in Westfalen wird uns aus Siegen geschrieben:

Nachdem durch den Schiedsspruch vom 31. August unter dem Vorherrsche des Reichskommissars Mehlig die Lohnforderung der Siegerländer Arbeiterschaft abgelehnt wurde, machte sich eine starke Erregung unter der Arbeiterschaft bemerkbar. Als am 7. September die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband aufgenommen wurde, selber vergebens, steigerte sich die Erregung der Arbeiter, die am Freitag, dem 8. September, ihren Höhepunkt erreichte. Um 8 Uhr abends bewegte sich ein Zug von 4-5000 Mann von Weidenau nach Siegen, wo dann in den Hauptstraßen von 23 Geschäften sämtliche Fensterscheiben zertrümmert und ausgeraubt wurden. Die Polizei war von vornherein vollständig machtlos, bis die „aufgelöste“ Orga, unter dem Namen Stahlhelm, deutschnationaler Jugendbund und Deutscher Offiziersbund, bewaffnet einrückt. Die gab die ersten Schüsse auf die Menge ab, wobei es einen Toten und mehrere Leicht- und Schwerverletzte gab. Um 3 1/2 Uhr nachts war die Stadt vollständig geläubert. Am Sonntag, dem 9. September, 9 Uhr, rückte eine Hundertschaft grüner Schuppolizei von Gelsenkirchen hier ein. Durch die Vorgänge am vorhergehenden Tage waren die Straßen durch Reutierge sehr belebt. Die Menge hatte von dem Herannahen der Schuppolizei keine Ahnung. Sie wurden ohne jede Ursache durch Waffengewalt auf zwei Punkte der Hauptstraßen in die Enge getrieben und mit Handgranaten und Gewehrshüssen und aufgespanntem Bajonett vertrieben. Dabei gab es wieder Tote, Leicht- und Schwerverletzte. Die Zahl der Opfer konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Die Reichswehr hatte sich geweigert, einzutreffen, deshalb hatten am Freitag abend noch einige Herren vom Arbeitgeberverband und vom Magistrat grüne Polizei persönlich herbei.

Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der Z. B.) Das Berliner Tageblatt meldet von russischen Aufträgen im Werte von anderthalb Milliarden Mark an die deutsche Industrie. Von den bereits bestellten Lokomotiven seien die ersten sechs in diesen Tagen verladen worden, um nach Petersburg befördert zu werden. Weiter seien die russische Regierung Aufträge zur Lieferung von Chemikalien, landwirtschaftlichen und anderen Maschinen, Eisenbahnmaterialien usw. im Gesamtwert von anderthalb Milliarden Mark an Deutschland bereits erteilt worden. Inzwischen seien auch die ersten Waggons Sendungen aus Russland in Deutschland eingetroffen. Zwölf Waggons Rauchwaren werden in wenigen Wochen in Leipzig zur Auktion gestellt werden. Drei Dampfer Bauholz seien bereits abgefahren und ein Dampfer mit einer Ladung von etwa 1000 Tonnen Asbest werde erwartet. Endlich seien noch kleinere Sendungen von Nerven geplant. Die russische Regierung lege, wie an ausländischer Stelle erklärt wurde, auf die Handelsbeziehungen zu Deutschland besonderes Gewicht und habe bisher nach keinem andern Lande in gleichem Umfange exportiert. In letzter Zeit sei den maßgebenden russischen Stellen eine Reihe von Vorschlägen bezüglich der Vergabe von Konzessionen und Kreditvereinbarungen von deutschen Firmen und Interessengruppen zugegangen. Der russische Volkswirtschaftler für Außenhandel, Krassin, werde noch im Laufe dieses Monats in Berlin eintreffen und zwar auf dem Wege von Riga.

Die Tagung des Völkerbundes.

Genf, 12. September. In der heutigen Vormittagssitzung des Völkerbundes hielt Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, eine große Rede über den Stand und die gegenwärtige Lage des Völkerbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft gebe. Er bestritt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerbunde schade, der sich nur dazu Glück wünschen dürfe, daß jenseits des Ozeans das gleiche Friedenswerk in Angriff genommen werde wie hier. Dann sprach er kurz über die oberste Frage, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander in Konflikt liegen, sondern auch große Mächte, die nur eine freundschaftliche Meinungsverschiedenheit haben, das Urteil des Völkerbundes anrufen.

Genf, 13. September. Die Sitzung der heutigen Völkerbundsversammlung begann mit einer längeren Debatte über die Art der Behandlung neu einlaufender, bei der Tagung nicht vorgesehener Anträge. Bei der Herbeiführung der Debatte über den Ratsbericht erwähnte der Australier Bruce die Opfer, die Australien im Weltkriege gebracht habe. Er verzichtete darauf, sich über die Kriegsurteile zu äußern, um so mehr, als jetzt in der Versammlung Mitglieder ehemals feindlicher Staaten seien. Er begrüßte lebhaft die Washingtoner Konferenz, der Australien sympathisch gegenüberstehe, weil sie dieselben Ziele verfolge, die auch Australien anstrebe. Der Vertreter Kanadas, Doherty,

schloß sich der Anerkennung an, die bereits andere Länder der Arbeit des Völkerbundes gespendet haben und rühmte besonders seine Verwaltungsbereitschaft in den ihm unterstellten Gebieten. Als die wichtigste Schöpfung des Völkerbundes bezeichnete er den internationalen Gerichtshof und trat u. a. für die Ukraine in Westgalizien ein, deren Protest beim Völkerbund berücksichtigt werden sollte.

Nach einer Rede des chinesischen Delegierten Wellington Koo, der im allgemeinen den jüngsten Ausführungen Balfours beistimmte, schloß die Sitzung um 1 Uhr.

Völkerbundsrat und Westungarn.

Genf, 13. September. In seiner letzten Sitzung prüfte der Völkerbundsrat die österreichische Note, in der angesichts des ungünstigen Vorgehens im Burgenland das Eingreifen des Völkerbundes verlangt wird. Mit Rücksicht darauf, daß die österreichische Regierung eine ähnliche Note an den Völkerbundrat gerichtet hat, beschloß der Völkerbundsrat, vorläufig nicht einzutreten, da übrigens der Völkerbundrat in der Frage der Ausführung des Vertrages von Trianon besonders zuständig sei. Der österreichische Vertreter Pfügl erklärte sich mit dem Beschluß einverstanden, fügte aber hinzu, daß seine Regierung sich vorbehalten, von neuem an den Völkerbund heranzutreten, falls die Angelegenheit durch die Völkerbundkonferenz nicht völlig gelöst werde.

Werbungen um Amerika.

London, 13. September. (TU.) Exchange Bureau meldet aus Genf, daß zwischen führenden Mitgliedern des Völkerbundes und der amerikanischen Regierung Verhandlungen im Gange seien über den Zutritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbunde. Es sei wahrscheinlich, daß in Washington endgültige Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden.

Verlegung des Sitzes des Völkerbundes?

Paris, 12. September. (TU.) Die Budgetkommission des Völkerbundes hat vorgeschlagen, den Sitz des Völkerbundes aus Genf zu verlegen, da die Schweiz zu teuer ist. Sie schlug Brüssel vor. In der Budget-Unterkommission des Völkerbundes wurde ferner beschlossen, daß große Ersparnisse herbeigeführt werden sollten.

Ein Eingriff in die Deutsche Verwaltung.

Wie aus Duisburg gemeldet wird, hat der Ortsdelegierte der Behaltungsbehörde folgende Verfügung erlassen: Einer Anordnung des kommandierenden Generals des Brückenkopfes Duisburg folgend, teile ich ergebenst mit, daß von jetzt ab alle Beamten, die neu ernannt werden, aus dem befestigten Gebiet der rheinischen Provinz kommen müssen. Abgesehen von ganz besonderen Einzelfällen, werden in dem Brückenkopf nur noch Ernennungen, Versetzungen, Beförderungen usw. von Beamten, die aus dieser Gegend stammen, bestätigt werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Entscheidung zur Kenntnis der in Frage kommenden Behörden bringen wollten.

Es scheint sich um eine vereinzelt dastehende Maßnahme des Duisburger Ortsdelegierten zu handeln, da in anderen nieder-rheinischen befestigten Orten eine derartige Verfügung nicht vorliegt.

Fortdauer der Sanktionen?

Köln, 14. September. (TU.) Nach einer Information, die der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln aus Ems erhalten hat, ist mit der Fortdauer der Sanktionen mindestens noch mehrere Wochen zu rechnen, da die Bepreisungen im Ueberwachungsausschuß zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben.

Verminderung der internationalen Kontrollkommissionen.

Berlin, 13. September. Eine fleißige Zeitungskorrespondenz berichtet den Wätern, nach einer Mitteilung aus Kreisen der internationalen Kommission sei schon in aller nächster Zeit mit einer wesentlichen Verringerung dieser Kommissionen zu rechnen. Vor allem seien es England, Italien und Japan, neuerdings sogar auch Belgien, die nach Durchführung der deutschen Entwaffnung nur noch die absolut notwendigsten Kontrollorgane über die deutsche Waffenfabrikation für notwendig hielten. Frankreich dagegen sei nach wie vor für die Beibehaltung der Militärkontrollkommission in ihrer jetzigen Stärke; ja, General Nollet möchte sie nach seinem letzten Pariser Bericht noch verstärkt wissen.

Das sozialistische Wien.

Nach einem soeben erschienenen Bericht der Wiener Organisation zählt die Sozialdemokratische Partei in Wien am 30. Juni dieses Jahres insgesamt 188.379 Mitglieder. Da die Mitgliederzahl der Wiener Organisation 1914 erst 49.600 betrug und im Jahre 1920 auf 123.684 Mitglieder herangewachsen war, so zeigen die für den 30. Juni veröffentlichten Zahlen einen neuen gewaltigen Aufstieg. In dieses letzte Berichtsjahr fällt aber die „Spaltung“, von welcher die Kommunisten das Ende der Partei erhofft hatten. Statt dessen hören wir nun, daß die Partei ihren Mitgliederbestand in Wien um mehr als 50 Prozent hat vermehren können.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs nur darum diese Geschlossenheit bewahren konnte, weil sie im Krieg, wenn auch nicht logisch, so doch noch zu rechter Zeit die scharfe Stellung gegen die Kriegspolitik fand, zu der die deutschen Rechtssozialisten sich nicht entschließen konnten. Die Politik der deutschen Rechtssozialisten hat die Voraussetzungen für die Zerreißung der deutschen Arbeiterbewegung geschaffen. In Österreich konnte dieses Unheil vermieden werden. Dort haben darum auch die Kommunisten überhaupt keine Rolle spielen können. Ihr Gesamtmitgliederstand in Österreich beträgt nach den eigenen, mit der notwendigen Vorbehalt aufzunehmenden Angaben, etwa 17.000. Das ist bei weitem nicht der dritte Teil des Zuwachses, den die Wiener Sozialdemokratische Parteiorganisation im „Jahre der Spaltung“ zu verzeichnen hat.

Spannung zwischen Russland und den Randstaaten.

Die Dena berichtet aus Helsinki: Das offizielle Blatt der finnischen Regierung meldet, daß Finnland, Polen, Estland und Lettland bei der Moskauer Regierung einen Kollektivschritt unternehmen haben. Es handele sich um Ueberreichung gleichlautender Noten betreffend die Nichtausführung der mit diesen Ländern geschlossenen Friedensverträge. Das gemeinsame Vorgehen der baltischen Staaten gegenüber den Sowjets sei eine Folge der in Helsinki unlängst abgehaltenen Konferenz der Außenminister der Randstaaten.

Hierzu meldet der Ost-Express aus Warschau: An Stelle der erwarteten Note der Sowjetregierung erschien als Erwiderung auf den diplomatischen Schritt der polnischen Regierung und die Presse-kampagne wegen der Nichtinhaltung des Rigaer Friedensvertrages eine Erklärung der hiesigen Sowjetgesellschaft. Der Sowjetlands Ansehen bestätigt darin das Vorhandensein erster polnisch-russischer Schwierigkeiten, aber jedoch keineswegs der polnischen Regierung Schuld. Die polnische Regierung habe drei Monate lang die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau verzögert. Das Haupthindernis für ein friedliches Einvernehmen seien aber die wehrhaften Organisationen gegen Sowjetrußland auf polnischem Boden. Sawinkow betreibt eine offene Werbung in allen Internierungslagern; seine Partisanenabte,

lungen erhielten Waffen von der 2. und 8. polnischen Armee. Ferner organisierte Sawinkow von Polen aus die Unternehmungen Ewengren in Finnland, Rukhmarow in Estland, Danilows in Lettland, Erdmanns in Polen und Tschumits in der Ukraine. Sobald die von der Sowjetregierung geforderte Auflösung dieser Organisationen erfolgt sei, würden die Revalutionen aus Rußland sowie die Ausführung der sonstigen Wirtschaftsabmachungen des Rigaer Friedensvertrages ohne jegliche Vorbehalte stattfinden. Karachan bezeichnet den vorliegenden Konflikt als sehr heftig und gespannt und kündigt eine Zusammenkunft mit Stalin und seinem Minister Dombowski an, die eine günstige Klärung der Lage bringen würde.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Paris, 10. September. (TU.) Der Korrespondent des Matin berichtet aus Melilla: Von den 24.000 Mann des Heeres des Generals Schuster ist fast nichts übrig geblieben. Alle Waffen fielen in die Hände der Aufständischen. Laut spanischen Blättern sollen sich 62.000 Mann und 144 Geschütze im Umkreis von Melilla befinden. Die Mannschaften sind nur mangelhaft ausgebildet und mit mangelhafter Artillerie versehen. Eine große Zahl spanischer Soldaten ist desertiert. Der Minister hat dem General Berenguer das Vertrauen ausgesprochen. Die feindliche Artillerie beschleht Melilla.

Madrid, 10. September. (TU.) Die Blätter berichten, daß die spanischen Angriffe bei Melilla am 9. September begannen. Dieser Bericht wird in offiziellen Kreisen geheimgehalten. Im feindlichen Lager sollen Uneinigkeiten zwischen den Führern der Karfas bestehen. Der Stamm der Beni Urrugual hat sich von den Rabylen getrennt. General Berenguer hat den Unterhändlern der Stämme, die sich unterwerfen wollten, geantwortet, die Rabylen müßten alle Munition und alle Waffen ausliefern. Die spanischen Truppen würden die Gebiete dann besetzen und nach weiteren Waffen durchsuchen.

Einberufung der Jahressklasse 1922.

Madrid, 10. September. (TU.) Wie der Herald berichtet, wird nunmehr auch die Jahressklasse 1922 zum Dienste unter die Fahnen berufen werden. — Aus dieser Maßnahme ergibt sich der ganze Ernst der militärischen Lage.

Bulgarien als Zufluchtsstätte der Wrangelstruppen.

Paris, 9. September. (O. E.) Die bulgarische Regierung hat sich einverstanden erklärt, 7000 Angehörige der Wrangelarmee in Bulgarien aufzunehmen, wo bisher etwa 1500 Don- und Kuban-Kolaken angelandet waren. Die für ihren Unterhalt benötigten Geldmittel sind aus dem in Amerika befindlichen russischen Staatlichen Goldfonds bereitgestellt, über die der General der früheren russischen provisorischen Regierung in Amerika Bachmetjew verfügt. Das Wrangel-Kommando wird demnächst mit der bulgarischen Regierung zwecks Ueberstellung von weiteren 11.000 Mann in Verhandlungen treten. Danach würde ein großer Teil der früheren Wrangel-Armee in Bulgarien Zuflucht finden, und zwar derjenige, der, dank dem hartnäckigen Widerstande des Wrangel-Kommandos gegen die Anordnungen der französischen Militärbehörden, seine militärische Organisation behalten hat. Diese Organisation wird durch eigene Militärgerichte aufrechterhalten, die mit großer Strenge und unter Anwendung der Todesstrafe ihres Amtes walten.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitslosen in Liverpool.

London, 14. September. (TU.) Bei der Rundgebung der Arbeitslosen vor dem Liverpooler Rathaus am Montag kam es zu blutigen Zwischenfällen, als die etwa 6000 Arbeitslosen versuchten, das „Museum Walker“ zu stürmen. Die Polizei säuberte das Gebäude von den Rundgebern, wobei sich ein Kampf mit Steinen entwickelte. Mehr als 100 Personen wurden verletzt und ebenso viele wurden verhaftet.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

London, 13. September. (TU.) Die letzte Kabinettsitzung hat sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt. Das Unterstützungssystem soll nicht weiter ausgebaut werden. Die Gemeinden werden unter Garantie des Staates Anleihen aufnehmen, um die Mittel für öffentliche Arbeiten in großem Umfange zu erhalten. Der Staat bezahlt die Zinsen.

London, 13. September. 200 Arbeitslose, ehemalige Kriegsteilnehmer, sind heute früh nach Frankreich abgefahren, um beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet zu werden. Wenn dieser Versuch ein befriedigendes Ergebnis zeitigt, sollen weitere Gruppen von Arbeitslosen abgehandelt werden.

Von Rah und Fern.

Folgenschwere Kesselexplosion.

TU. Dortmund, 14. September. Auf der Zeche Adoll von Hansmann in Mengede ereignete sich gestern eine schwere Explosion im Kesselhause, deren Ursache bisher noch nicht ermittelt werden konnte. 2 Arbeiter wurden sofort getötet, 8 weitere Arbeiter starben auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Ein Seiler erlitt lebensgefährliche Brandwunden, 4 weitere wurden mehr oder weniger schwer verwundet nach dem Krankenhaus gebracht.

Sturmflut.

Köln, 13. September. Das Telegraphenamt teilt mit: Die telephonischen und telegraphischen Verbindungen nach allen Richtungen sind durch den gestrigen Sturm zum Teil gestört. Der Verkehr ist erheblichen Verzögerungen unterworfen.

Dedenekirke in einer belagerten Kirche.

Brüssel, 12. September. Heute früh ist die Decke der Kirche St. Anna zu Pöpelshagen-Bruxelles eingestürzt. Eine Dame und zwei kleine Mädchen sind getötet worden; deren Mütter wurden schwer verletzt nach dem Lazarett gebracht, wo sie bald nach ihrer Ankunft ihren Verletzungen erliegen ist. Man glaubt, daß der Einsturz der Kirche eine Folge des Orkans ist, der diese Nacht über Brüssel gewütet und viel Schaden angerichtet hat.

Eisenbahnzusammenstoß.

Berlin, 14. September. Wie der Lokalanzeiger meldet, stieß im Bahnhof Halber ein Personenzug auf einen Rangierzug. Mehrere Zugbeamte, darunter ein Heizer und ein Lokomotivführer wurden schwer, einige Reisende leichter verletzt. Der Sachschaden ist erheblich.

Würzburg, 13. September. Ein Güterzug überfuhr gestern abend 7 1/2 Uhr in der Station Rottendorf bei Würzburg das Haltesignal und fuhr dem von Würzburg kommenden Schnellzug in die Hände. Zwei Schnellzugswagen wurden aus dem Gleis geschleudert. Der Lokomotivführer des Schnellzuges erlitt leichte Armverletzungen. Sonstige Personenschäden sind nicht bekannt geworden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Bille, Vordorfer-Verlag.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

**Haut-
röte**

sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blöthen, Milieum, Pimples, Pickeln, Pusteln usw. verschwinden durch täglichen Gebrauch der echten **Neckenpferd-Tearschmelze-Seife** von Bergmann & Co., Rastatt. 8. Ueberall zu haben.

Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Engländerbuch (Hamboldt-Bibliothek). **Heft 1415.**
Mittwoch, den 14. September 1921
 Im Sammlungs-Vorstellung im (Halle, Mainz)
Der Barbier von Sevilla.
 Oper in 2 Akten von Giovanni Pavesini.
 Musik, Leitung Prof. C. F. Bock geleitet von F. Seibeler.
 Personen: Graf Almabida (Graf Almabida); Señor Priolo (Café-
 Kasper); Molina, sein Diener (Molina's Confe-Schreibst.); Mollito,
 Schneidermeister (Haus Diener); Mariquita (Mollito's Vertraute (Mollito's
 Fiedel-Schläger); Rigoro, Barbier (Graf's Polkist); Florio,
 Hammermeister des Grafen (Graf's Schreiber); Ein Offizier (Graf's
 Bedient); Ein Notar (Graf's Bedient); Almabida, Diener
 des Señor Priolo (Graf's Bedient).
 Szenen, Musikanten, Ort der Handlung: Sevilla.
 Zeit: Zeit des 18. Jahrhunderts.
Am 2. Akt (Monologe von der Handlung) von Paul Seibeler
 geleitet (Monologe von Graf Almabida-Schreibst.).
Hierauf: Tänze.
 Einflüster von E. Steinbock, Musikalische Leitung: Albert Conrad
 L. Grosse (Einflüster), Musik von J. A. Kuhn, geleitet von Ed. Wacker-
 heide, E. Schöng, G. Braun, D. Schumm, H. Zerstlicher Musik,
 Musik von Ed. Wackerheide, geleitet von E. Wackerheide, E. Edel,
 H. Seibeler, von H. Steinbock, geleitet von E. Wackerheide,
 E. Edel, IV. Wiener Bolero von J. Schöng, geleitet von E. Wacker-
 heide, E. Edel, E. Edel, E. Edel.
Einmalige Preise. Samstag 7 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
 Donnerstag, den 15. September: Selbstvorstellung für den Bezirks-
 Lehrerbund 2. Band: Die Meisterkämpfer von Nürnberg, Anfang 8 Uhr.
 Freitag, den 16. September: 12. Einmalige-Vorstellung (G. Schöng,
 gelb) Zehnminuten, Anfang 6 Uhr, Einmalige Preise.

Nachricht-Blätter. (Ankündigungen.) **Beitrag 1920**

Mittwoch, den 14. September 1921

Öffentliche Beerdigung
ausgleich Beerdigung für die Deutscher Gemeinde G.P.D.
Doppelbestattung.
Bauernhof mit Gärten in 6 Hektaren von Ludwig Künzinger.
In Gedenke gelebt von Dr. Adolf Windt.
Personen: Adolph Gentner, der Bauer vom „Leichen Hof“ (Wilhelm
Waller); Wold; sein Sohn (Eug. Müller); Jangl; der Krämer
(Alfred Engel); Weidlich, sein Weib (Marie Schöpfung); Blasi,
der Sohn (Hilf. Schöpfung); Paubere, ein armer Handie (Art.
Gleich); Mergel, seine Tochter (Lieda der Schar); Der Arzt vom
„Haus des Fuchs“, Albrecht, sein Weib (Maria
Schöpfung); Ehardt, Lehner, Berner (Bern. Gump); Irini Riffel;
Der alte Herr (Carl. Köhn); Naal, Soph. Herzl, Toni, Bauern-
burlichen (Dr. Meusel, Fr. Steiner, Rud. Wachs, A. Weinmuth);
Regert, Josef, Meni, Bauernmadchen (Johann Seifling, Joseph
Wagner, Alice Krich).

Tänzer, Tänzerinnen, Turlinchen, Mädchen.
Zuhörerschaft von Georg Richter.

Einfache Kreise. Anfang 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Zusammenkunft am 14. September: öffentliche Beerdigung, ausgleich
Beerdigung für die Deutscher Gemeinde G.P.D., Beitrag 1920
1921—1922: Die Zentrale der Schneidermeister; Der Arzt. Anfang
7½ Uhr. Einfache Kreise.

Bekannt, den 18. September: Öffentliche Beerdigung, ausgleich An-
kündigung Beerdigung für den Gemeindefriedhof der Angehörigen:
Doppelbestattung. Anfang 7 Uhr. Einfache Kreise.

Vorstraße. (Hochdruck verheilen.) Hernauf 2694.
Mittwoch, den 14. September 1851
Hol mich der Teufel.
Operette in drei Akten und einem Epilog von Kaiser Ebon und
Fritz Heider. Musik von Leopold Kuchler.
Im Hause steht das junge Gleimert'sche Waisen-Kind; es hat seinen
Verlorenen: Der Marquis (Walter Grege); Die Dame vom Welt (Hel
dine Holmann); Das Mädchen (Margarete Hölzer); Der Jüng
ling (Ernst Babelow); Der mühselige Herr (Johann Steinberg);
Der Telepath Joseph Trautmann; Der Gültedirektor (Herrn,
Engelmann); Die Wingerin (Emma Habara); Der Hausbo
meister (Karl Gieseler); Ein Jüdlingischer Hund (Doff); Elter
herr (Georg Heidegger); Jodeler Herr (Alfred Adöler); Triller
herr (Emund Purde); Eine Dame (Marie Wittner); Ein Rechner
(Wilhelm Hermann); Ein Fleurer (August Hoffmole); Ein Boy
(Heiner Fiedel).
Gefellenshaft.
Der erste Akt spielt in Paris in der Vor des Bibliothekiers — Der
zweite Akt beginnt im Lager, das in Paris des Marquises; der Epilog
beendet sich auf dem Hofe eines kaiserlichen Schlosses.
Einfache Preise. Anfang 7½ Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
Tenne Tag, den 14. September. Die Tolkarpringsen. Anfang
7½ Uhr. Einfache Preise.
Freitag, den 15. September: Die spanische Nachtigall. Anfang
7½ Uhr. Einfache Preise.

<p>Variété Anfang 8 Uhr Leipzigs Liebling Gustav Bertram Marga Peter v. Apollo-Theater, Düsseldorf, als Gast in Das Mädel vom Kabarett</p>	<p>Theater Anfang 8 Uhr Ihr Sorgenkind. Volksstück in 4 Aufzügen von Karl Meissner. Morgen: Ihr Sorgenkind. Sonnabend, d. 1. Oktober Jubiläums-Vorstellung f. Oberspielleiter Thilo Schmidt.</p>
--	--

Vorverkauf: Tageskasse 10—2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20—26.

Grosse Auswahl
in
Anzügen
getragene und neue
Hofen, Cutaway, Geh-
rodanzüge, Schläpper,
Covercoat, Gummis-
männel usw. — Bitte
ansehen ohne Kaufzw.
Johannispl. 8
hinter der Kirche und
Lange Str. 10, I.
und
Demmeringstr. 72, II. I.

Neuheit
größter Schläger,
ohne Konturen,
ist meine Zusammenstell. in
Rein Aluminium-
Wirtschafts-Tombola
ständig eine ausgezeichnete.
Emil Wagner
zur Spezialgeschäft für
Bereins- u. Karneval-Artikel
Jelczin, Dresdner Straße 29, I.

I. Symphonie-Konzert

ausgeführt vom Grottrian-Steinweg-Orchester (Leipziger Konzertverein), Leitung: Herr Kapellmeister H. Scherchen, Berlin
Unter Mitwirkung von Fräulein Hertha Dhmow (Alt), Berlin

Werke, Gustav Mahler gewidmet:
Kinder-Toten-Lieder für Alt und Orchester
Symphonie Nr. 9 für Orchester

Einlass vorm. 1/2 11 Uhr	Anfang Punkt 11 Uhr	Preis 7.20 Mark
--------------------------	---------------------	-----------------

Kaffee Kuchen Morgen Donnerstag von abends 7 Uhr an Küche Keller

Großes Volks-Ballfest

Sonnabend, den 17. September, im großen Saal:
Vergnügen der Tabakarbeiter.
Im Gesellschaftssaal: **Gründungsfeier des
Arbeiterjugendvereins S. P. D. Leipzig**

Heute Mittwoch
abends 7 Uhr: **Der beliebte Schützenhaus-Ball**
Vorzügliches Ballorchester. — Direktion W. Radecke.

Prima Kernleder | Gas- u. elektrisch

C. Migdin, Leipzig, Tauchaer Str. 46.
Bitte genau auf Nr. 46 zu achten. [*

Sauntunreinigkeiten u. w. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung abgeklärt durch **echte Vater-Philipp-Schäufel**, danach kommt amputierte junge arme Haut zum Vorchein, & 9 Mtl. vom Laboratorium Dresden-Bismarckw. 142, Verkaufsstelle **Prehms Flora-Drogerie**, Petersstraße, und **Engel-Apotheke**, Markt.

Solide Qualitätsware **Aus besten Rohmaterialien**
Direkter Markauf ab Fabrik

 bewahrt in einem großen, feuerfesten, unzerstörbaren Kasten, der bei eintretendem Bedarf eine Beschäftigung mit reichhaltigen Lagern

Karl Blaich Windmühlenstr. 3
Tauchaer Straße 1

Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Windmühlenstrasse 7 - Am Königsplatz



Mit Büchse und Lasso

<p>5. Episode: Durch Not und Tod 6 Akte 6</p>	<p>6. (Schluss) Episode: Glühende Rache 4 Akte 4</p>
--	---

Jewelliger Beginn: 4, 6¹⁰, 8¹⁴ Uhr. Einlass 3¹² Uhr.

10 Akte 10

Leipziger Schachspielplan.

Zöhlenftein, 1721. Direktion: Herr Krawenz. Preis 1000

Mittwoch, den 14. September 1921, abends 8 Uhr
Gastspiel Union Brand.

Die Sache mit Lola.

Schwanz im drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer.
In Szene gesetzt von dem Union Brand.

Personen: Sebastian Otterleben General, seine Frau (Elisa Dabbl); Maria Hofner, deren Tochter (Mäde Brand-Blitz); Edgar Buchel, deren Bräutigam, Fotografier (Hans Werfel); Dr. med. Alchsen (Otto Werber); Rein Feig, Oberstlein eines Artillerie-Land (Maria Koch); Linda, Wirtin, Verkäuferinnen des Rosa (Elisabeth Marx), Margu Hofler; Elisabeth, Buchhalter des Rein (Fritz Prott); Victoria Morgenbau, Empfangsbame bei Buchel (Mel. Richter-Middelde); Zoltzler (Wiel Krauß); Antje (Lieserlei); Hans (Hans) Schumann (Herbert Born, Johannes Kerster); Heide, Stubenmädchen im Hotel Mller (Else Schaefer); Frau Sondermann (Grete Schleifer).

* * * Sebastian Otterleben Union Brand s. A.
Zeit: Gegenwart. Ort: Berlin.

Einfach 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 9½ Uhr.

Donnerstag, den 16. September, abends 8 Uhr: Bestes Gastspiel Union Brand. Die Sache mit Lola.

Freitag, den 18. September, abends 8 Uhr: Letzes Gastspiel Union Brand. Die Sache mit Lola.

Der erste Spielabschnitt des neuen Geschäftsjahres läuft vom 1. bis 21. September 1921. Die noch nicht eingetragenen Kontostromen der alten Jahresfrist müssen im Laufe des September eingetragt werden. Nur die Einfassung des 16. Spielabschnitts bleibt freigelegt.

Telefon 12800. Direction: Fritz Heilmann. Offenerstraße 43
Mittwoch, den 14. September 1921, abends 7½ Uhr
Nigaros Hochzeit.
 Komödie mit Musik in 5 Aufzügen von Beaumarchais.
 Mit Benutzung der Adolfschen Uebersetzung für das kleine Theater
 bearbeitet und inszeniert von Otto Eisele.
 Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.
 Einmal 7 Uhr. Einmal 9 Uhr. Ende der Saison 1921, 1922.
Donnerstag, den 15. September, abends 7½ Uhr: Nigaros Hochzeit.
 Komödie in fünf Aufzügen von Beaumarchais.
 Im Vorbereitung: **Erbsen.** Komödie in 3 Akten von Dürer. **Schnee.**

Dir. Max Saml. Geschäftst.: Johannisgasse 30. Hof Tr. C.
Mittwoch, abends 8 Uhr, im Fellensteller, Plagwitz
„Hanneles Himmelfahrt“
Traumbildung in 2 Teilen von Gerhart Hauptmann.
Einlaß 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Preise für Nachtlieder:
8.20; 6.40; 5.20 Mk., einschl. Garderobe und Steuer.
Für Vorträge: 10. Vorstellungen 45 Mk.
Vorverkauf: Drei Wochen, Fellensteller und Necham.
15. u. 16. Sept. in den Drei Wochen: „Emilia Galotti“.

Täglich abends 7,8 Uhr:
Ukrainischer Chor
27 Personen
sowie das weitere erstklassige
Großstadt-Programm

Täglich abends 1/8 Uhr
Der große Varieté-Erfolg
12 erstklassige Attraktionen **12**
zahlreiche Neuheiten

Vorverkauf: Tageskasse 10–2 Uhr (Tel. 43543),
Th. Althoff, Petersstr., Konsumv., Karl-Heine-Str.

Direkt am Bayerischen Bahnhof

zu dem grossen Ausstattung-Ballett
Isis „Ein Abend in Kairo“
ausgeführt vom

Der erstkl. Vielerlei-Spielplan

Die Presse schreibt: Der September-Spielplan steht auf
seiten.Höhe. Er verdient allabendl. ausverkaufte Häuser.

Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr
ortrott und
Shimmy=
Reuber

Das Ideal der eleganten Tanzwelt.

Kursus für Anfänger einschl. moderner Tänze
Anfang am 22. und 26. September.
Anmeldungen von Damen und Herren in unsere

Ehepaare die sich an einem Vereinstanzlehrkurs in Stötteritz zum Erlernen moderner Tänze und amerik. Konter beteiligen wollen, werden um Anmeldung bis 19. September gebeten.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

	Barometer- stand mittlere	Luft- temperatur mittlere	Luft- temperatur Maximum	Luft- temperatur Minimum	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter- zustand	Temperaturerextreme am 13. September 1921
13. Septbr. nachm. 2 U.	51,1	13,0	06	SW	3	2001	Regen	Höchste Temperatur 10,8
13. Septbr. abends 8 U.	49,5	10,4	77	SW	7	2001	Regen	Tiefste Temperatur 9,2
14. Septbr. früh 7 U.	52,7	10,0	09	NO	2	2001	regnerisch	Niedrigste Temperatur 8,0

Allgemeiner Wetterverlauf: Regen, regnerisch, vorüberg. trüb, heiliger-
bald Barometer.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. September.

Parteilangelegenheiten.

Ortsverein Ost-Leipzig. Bezirk Süd. Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre im Volkshaus (Café Mitte). Genossen und Genossinnen, welche sich praktisch mit betätigen wollen, sind hierzu eingeladen.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr, Sitzung der Funktionäre und politischen Obleute im Gosenhölzchen, Eingang Elisabethallee. Der Vorstand.

Ortsverein Großschöcher. Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, Frauenabstufungsabend in der Schule.

Südostbezirk. Thonberg-Neureuditz, Stützeritz, Probstheida. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gasthof Neureuditz Bezirksversammlung. Genosse W. Diekmann spricht über die Tätigkeit unserer Vertreter im Stadtparlament.

Mokau. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärssitzung bei Stange. Sämtliche Funktionäre müssen anwesend sein.

Gesamt-Funktionäre von Gohlis. Am Freitag, dem 16. September, abends 8 Uhr, in Adams Ausspann. Fertiges Material ist mitzubringen.

Ortsverein L.-Stütz. Die Genossen werden ersucht, alle noch ausstehenden Hausarbeiten unbedingt bis Donnerstag, abends 7 Uhr, an Genossen Segm zurückzugeben. Materialausgabe für die Werbewoche erfolgt Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr ab, im Landhaus. Jedes Mitglied hat die Pflicht, zu erscheinen. Der Vorstand.

Entschl. Morgen Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, im Feldschlößchen wichtige Funktionärssitzung. Alle arbeitstunfähigen Mitglieder sind gleichfalls eingeladen.

Naunhof. Donnerstag, 8 Uhr, Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in der Herberge zur Heimat. Sonnabend, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Stern.

Ortsverein Paunsdorf. Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, sehr wichtige Funktionärssitzung im Restaurant Albertsburg. Arbeitsfreundliche Genossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen.

Die Eingemeindung.

Die Eingemeindung der Vororte Leutzsch, Großschöcher, Bahren und Paunsdorf ist in ein neues Stadium getreten. Der Gemeinderat in Leutzsch hat an das Ministerium des Innern eine Eingabe beschlossen, in der um Eingemeindung von Leutzsch nach Leipzig bis zum 1. Oktober ersucht wird. Es wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Gemeinden durch die geplante Eingemeindung in ihren Geschäften stark behindert sind, weil sie keine geschäftlichen Dispositionen für die Zukunft treffen wollen, um der Eingemeindung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Rat der Stadt Leipzig hat als Termin für die Eingemeindung den 1. April, frühestens den 1. Januar 1922, vorgezogen. Dieser Termin wird von den Gemeinden als viel zu spät bezeichnet. Durch die verspätete Eingemeindung würden die Gemeinden nicht nur finanziell geschädigt, die Gemeindeglieder würden vielmehr auch bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen politisch entrechtet. Deshalb verlangt die Eingabe die Eingemeindung bis zum 1. Oktober, so daß die Bewohner der vier Vororte noch mit an der Leipziger Stadtverordnetenwahl teilnehmen können.

Da diese Eingabe auch von den drei anderen Gemeinden mitunterzeichnet werden soll, liegt nunmehr ein Antrag der vier beteiligten Gemeinden vor, in dem das Ministerium aufgefordert wird, die Eingemeindung der vier Vororte nach Leipzig zu verfügen. Damit tritt die Eingemeindungsfrage in ein neues Stadium. Bisher haben die Saboteure der Eingemeindung unter Führung des ehemaligen Amtshauptmanns v. Fink die Eingemeindung zu verhindern gesucht. Das sollte vor allem durch stark emporgeschraubte Entschädigungsansprüche des Bezirks an die Stadt erreicht werden. Nunmehr haben aber die Verhandlungen zu einer Grundlage geführt, die erwarten läßt, daß über die Entschädigung zwischen dem Bezirk und der Stadt Übereinstimmung erzielt wird. Der Bezirk hat durch neuere Berechnungen seine Ansprüche wesentlich herabgesetzt. Da die Ortsgeheile über die Eingemeindung bereits in allen vier Gemeinderäten beraten und angenommen worden sind, bestehen jetzt für die Eingemeindung überhaupt keine Schwierigkeiten mehr. Es bedarf nur noch der Unterschrift der Verträge, um die Eingemeindung zu vollenden. Die formelle Regelung wird bei einigem guten Willen bis zum 1. Oktober möglich sein, sollte dies aber doch noch Schwierigkeiten bieten, so wäre das Ministerium in der Lage, durch eine Entscheidung die Schwierigkeiten zu beheben. Wenn die Eingemeindung erst am 1. Januar erfolgte, dann müßten die Gemeinderäte der vier Vororte jetzt neu gewählt werden, ohne daß diese neugewählten Gemeinderäte jemals ihr Amt ansetzen könnten. Das wäre eine völlig zweck- und sinnlose Kraft- und Geldausgabe. Außerdem würden die Gemeindeglieder der vier Vororte keine Vertretung in dem neugewählten Leipziger Stadtverordnetenkollegium haben; sie wären also für die Zukunft politisch entrechtet. Das alles könnte vermieden werden, wenn das Ministerium die Eingemeindung zum 1. Oktober oder auch zum 1. November d. J. verfügt. Dann könnten die Kosten für die Gemeinderatswahlen in den vier Gemeinden gespart werden; die Gemeindeglieder der vier Vororte könnten mit zum Stadtparlament wählen. Selbst wenn die Verfügung des Ministeriums dahin ginge, daß die Übernahme der Verbindlichkeiten und der Geschäfte der vier Vororte durch die Stadt erst am 1. Januar 1922 erfolgt, könnte die Eingemeindung zum 1. No-

vember angeordnet werden. Da für die Eingemeindung erhebliche finanzielle Interessen der Bevölkerung sprechen, und da es außerdem darauf ankommt, die politischen Interessen der beteiligten Bevölkerung zu wahren, so dürfte das Ministerium Grund genug haben, der Eingabe der Gemeinden zu entsprechen.

Kinderhilfe.

Millionen armer Kinder leben im Elend, das von Tag zu Tag größer wird, da die Teuerung zunimmt. Die Kinder müssen hungern, weil Großkapitalisten und Großhändler die arbeitende Bevölkerung ausplündern. In den Kreisen der Bekleidenden herrscht deshalb ein Luxus, wie er früher nicht zu verzeichnen gewesen ist. Doch es gibt noch warmherzige Leute, die sich daran erinnern, daß arme Kinder in Not leben. Zwar denken sie nicht daran, diese Wucherwirtschaft zu bekämpfen und die sozialistische Bedarfswirtschaft zu erstreben. Ihre „Kinderhilfe“ sieht anders aus. So findet heute im Leipziger Palmengarten eine Herbst-Modenschau „erfolgreicher“ Firmen mit ihren Mannequins (Propietuppen) statt. Filmkapitalisten, hiesige Operettenkräfte wirken mit. An diese Schau schließt sich „ein Tanzturnier um die Meisterschaft von Sachsen“ an. Und das alles geschieht zugunsten der Leipziger Kinderhilfe.

Die Eintrittspreise betragen 50, 40, 30 und 20 Mark. Nur Kriegsgewinnler und sonstige reiche Parasiten mit ihren „Damen“ können es sich also leisten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Inmitten des zunehmenden Elends weitest Kreise entfaltet die Luxusindustrie eine Schau, um Propaganda zu machen für ihre Produkte. Das ist ein Zeichen der Zeit. Auf der einen Seite wachsende Not, auf der anderen vermehrte Luxus. Mächtige Summen werden ausgegeben für Moden, für Schmuck, für Eleganz. Die Schichten aber, die in dieser Zeit in verschwerterlicher Fülle leben, klagen, daß sie nicht die Steuern entrichten können, die von ihnen verlangt werden, damit die Kosten für den verlorenen Krieg aufgebracht werden können. Die Kreise, die ungeheure Summen für Luxus ausgeben, sträuben sich bei Lohnverhandlungen, ihren Arbeitern und Angestellten soviel zu gewähren, daß sie und ihre Familien einigermaßen satt werden.



Zehn öffentliche Volks-Versammlungen in Groß-Leipzig!

finden aus Anlaß der von der USPD. vom 17. bis 24. September veranstalteten **Werbewoche Dienstag, den 20. September 1921, abends 8 Uhr**, in folgenden Lokalen statt:

- Alt-Leipzig:** Volkshaus, großer Saal
- Westbezirk:** Westendhallen, L.-Plagwitz
- Ostbezirk:** Drei Mohren, L.-Anger
- Südostbezirk:** Papiermühle, L.-Stützeritz
- Südbezirk:** Goldene Krone, L.-Connewitz
- Nordbezirk:** Drachensfels, L.-Gohlis
- Großschöcher:** Gasthof zum Trompeter
- Gaußsch:** Uller Gasthof
- Tauch:** Goldener Löwe
- Markranstädt:** Gute Quelle.

Die politische Lage im Reich und die Aufgaben der U. S. P. D.

lautet das Thema in allen Versammlungen.

Genossinnen und Genossen! Agitiert für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen!



Heute wird so mancher im Palmengarten mit dem Geld nur so herumwerfen, der vielleicht noch in voriger Woche am Verhandlungstisch den Arbeitern nachwies, daß er „zu Grunde gehen“ müßte, wenn er ihre Forderungen bewilligte.

Freilich, man wird der Luxusindustrie Aufträge erteilen, man wird Sekt trinken und lachen mit dem Bewußtsein, ein gutes Werk zu tun. Das ist aber weiter nichts als Heuchelei. Die Besitzenden fröhnen ja dem Luxus nur auf Kosten der Besitzlosen. Was sie verschwenden, wird diesen zuzugeworfen. Und deshalb müssen die Kinder leiden, und die Broten, die vom Tische der Reichen fallen, können die ungeheure Not der Kinder nicht lindern.

Diese Art Wohlthätigkeit zu üben, gehört an den Franger.

Die Leipziger Polizeibeamten für die Republik.

Die Freie Presse berichtet:

Die Mitglieder der Fachgruppe Landespolizei Leipzig im Verband Sächsischer Polizeibeamten nahmen in einer gutbesuchten Versammlung am 8. September im Goldenen Löwen zu Leipzig. Mödern Stellung zu den letzten Ereignissen in Chemnitz und zu einem Artikel der Leipziger Volkszeitung und freien Presse vom 7. September, der sich mit dem Beamtenheim beschäftigte. Neben Angelegenheiten wurden eingehend besprochen, wobei in besonders scharfer Weise die Ursachen, die zu solchen bedauerlichen Auswirkungen führen müssen, erörtert und verurteilt wurden. Während der anwesenden Stellen den Beamtenvertretungen die erforderliche Beachtung geschenkt, so wären derartig unliebsame Begleiterscheinungen innerhalb des Beamtenkörpers unmöglich, besonders aber würde sich die Pflicht der Beamten in die Öffentlichkeit auf dem Wege durch die Presse völlig erübrigen. Die Gründung des Beamtenheimes wurde einstimmig begrüßt und die geleistete Arbeit der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder reiflich anerkannt, andererseits aber die bewusste Tendenz, wie sie im Auslegen von Zeitschriften wie der Wiesbadener Anzeiger, Stahlschiffen usw. zum Ausdruck kommt, ebenso scharf verurteilt. Den Beamten wird anempfohlen, geschlossen der Einkaufsgenossenschaft beizutreten und durch Mitarbeit in derselben eine Stätte zu schaffen, wo sich jeder Beamte ohne Unterschied wohlfühlen kann. Nachfolgende Entscheidung wurde einstimmig gutgeheißen:

Die am 8. September tagende Versammlung des Verbandes Sächs. Polizeibeamter der Fachgruppe Landespolizei Leipzig billigt

die Stellungnahme des Verbandes im Falle Chemnitz, wonach einerseits das Vorkommnis verurteilt wird, da dadurch den Feinden der Republik Material gegen die Regierung in die Hände gespielt wurde und dem Verband die Vertretung der Mitgliederinteressen erschwert wird, andererseits das Verhalten der Beamten begreiflich erscheint, indem der fortschreitende Prozeß einer möglichst unauffälligen, aber systematischen Militarisierung der Landespolizei bei der üblichen Nachlässigkeit aller dahingehenden Vorstellungen der Beamtenvertretungen sowie Nichtberücksichtigung der öffentlichen Meinung und innerpolitischen Zustände notwendig eine solche bedauerliche Erscheinung zeitigen mußte. Die Beamenschaft weilt mit aller Entschiedenheit die Beschimpfung einer bestimmten Person als „Meuterer“ weit von sich und glaubt darin nur einen Vorstoß aus besonderen Gründen und zu bestimmten Zwecken zu erblicken. Die gesamte Beamenschaft ist sich darin einig, daß sie unbeschadet aller Angriffe von rechts oder links mit ihrer ganzen Person und getreu dem geleisteten Eid zum Schutze der Verfassung und der vom Willen der Volksmehrheit eingehenden Regierung einzutreten hat und auch im Falle der Gefahr freudig für die Republik und deren Organe ihr Leben zu opfern bereit ist. Die Polizeibeamten betrachten sich als Organe des gesamten Volkes und werden in diesem Sinne, der Parole des Ministerial-Dirigenten Dr. Abegg von der Volksschulconferenz in Hamburg „Meine Polizei — niemals Militär“ folgend, für alle Zukunft ihren schweren Dienst zu leisten versuchen.

Die Unterrichtskurse des Gewerkschaftskartells

für das Winterhalbjahr 1921/22 umfassen folgende Gebiete:

- Kursus 1.** Das gewerbliche Arbeitsrecht. (Arbeitersekretär Genosse Thiem.) Beginn: Montag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus.
- Kursus 2.** Die Versicherungsangelegenheiten. (Genosse B. Seiffert.) Beginn: Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus.
- Kursus 3.** Das Betriebsrätegesetz. (Arbeitersekretär Genosse Ripping.) Beginn: Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus.
- Kursus 4.** Gewerbebegiene. (Genosse Dr. med. Simon.) Beginn: Donnerstag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal des Arbeiterbildungsinstituts, Brautstraße 17.
- Kursus 5.** Allgemeine Einführung in die Statistik. (Herr Weigel, Direktor des statistischen Amtes.) Beginn: Montag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus.

Weitere Kurse sind geplant. — Anmeldungen sind bis spätestens 1. Oktober an die Gewerkschaften zu richten.

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Die elektrische Zugförderungsanlage auf der Güterzugstraße Bahren-Schönefeld wurde am 27. Januar d. J. in Betrieb genommen. Die Inbetriebsetzung der elektrischen Zugförderungsanlage auf den Strecken Magdeburg-Bitterfeld-Leipzig und Leipzig-Balle wird voraussichtlich innerhalb der nächsten 8 Monate abschnittsweise erfolgen. Zunächst wird der Streckenabschnitt Leipzig-Bitterfeld und zwar am 22. September d. J. unter Spannung gesetzt werden. Die Termine für die Unter Spannungsetzung weiterer Streckenabschnitte werden rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die über den Gleisen hängenden Fahrleitungen führen hochgespannten Strom von 15 000 Volt, die auf den Masten der Tragwerke längs der Bahnstrecke verlaufenden Speiseleitungen führen Strom von 60 000 Volt Spannung. Wegen dieser hohen elektrischen Spannung ist eine Verührung der spannungsführenden Leitungen, auch mit irgendwelchen Gegenständen, unbedingt lebensgefährlich. Mit Rücksicht auf die große Lebensgefahr, welche für die auf hochgeladenen Fuhrwerken befindlichen Personen besteht, sind quer über allen Fahrwegen, die den Bahnkörper in Schienenhöhe kreuzen, Warnungstafeln mit einer freien Durchfahrthöhe von 4,30 Meter aufgestellt worden. Hierdurch sollen die Wagensührer auf die Gefahr der Verührung und zugleich auf die anfallende Lebensgefahr aufmerksam gemacht werden. Selbstverständlich ist bei dem Bau der gesamten Anlage und der elektrischen Lokomotiven Vorkehrungen getroffen, daß für Reisende nicht die geringste Gefahr besteht.

Anrechtsskarten-Inhaber! Die Vorstellung im Allen Theater: Drei Enlatter beginnt morgen abends 8 Uhr. Aufzusehen ist Bezirk Westen Nr. 1001—2500. Nicht abgeholte Karten werden eine Stunde vor Beginn der Vorstellung im Hotel Victoria, Restaurant, abgegeben. Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

10. Volkshaus, Taubchenweg 2. Elternabend Donnerstag, den 15. September, abends 7½ Uhr, im Schulkolleg. Vortrag über Berufsberatung. Herr Lehrer Rast.

Der Elternrat der 24. Volkshaus ladet für Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr, nach dem Schulkolleg zu einem Elternabend mit einem Vortrag des Schulrates Herrn San.-Rat Allen ein.

Der diesjährige zweite Kram- und Viehmarkt im Stadtfeld Lindenau findet Mittwoch, dem 21. September und Donnerstag, dem 22. September, statt.

Der Ortsausflug Leipzig der Vertrauensmänner der Angestelltenvereine (Geschäftsstelle Leipzig, Georgstraße 6b) teilt mit, daß am Sonntag, dem 25. September 1921, im Zoologischen Garten die erste Bezirkstagung der Bezirksvereine Leipzig, in der 120 Ortsausflüge zusammengeschlossen sind, stattfindet. Die Tagung nimmt Stellung zu der bevorstehenden Beratung der Novelle zum Versicherungsgesetz für Angestellte und wählt auch die Vertreter zur Reichstagung der Bezirksvereine. Auch mit dem demnächst stattfindenden Neuwahlen der Vertrauensmänner wird sich die Tagung beschäftigen.

Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität. Der Rat teilt mit: Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise und Löhne müssen zur Deckung der entstehenden Mehrkosten die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser für den Verbrauch, der auf den am 1. Oktober 1921 beginnenden Zählerablesungen beruht (Rechnung III) erhöht werden. Der Betrag dieser Erhöhung wird nachfolgend festgestellt durch die zuständigen Stellen veröffentlicht werden.

Eine öffentliche Versammlung der Straßenhändler findet heute, abends 8 Uhr, im Pantheon statt. Die Tagesordnung lautet: Sind unsere Frauen — unsere erwachsenen Kinder, sind unsere Angehörigen berechtigt, an unserm Stande zu arbeiten? Referent Max Tischer.

Perfekte. Wie uns mitgeteilt wird, sind in den städtischen Gaswerken zurzeit größere Mengen Perfekte vorrätig. Infolge der in Aussicht stehenden Steigerung der Kohlenpreise wird auch der Preis für Perfekte in nächster Zeit erhöht werden.

Verkauf bei der Freibank I. Donnerstag Nr. 2001 bis 4000, nachher freier Verkauf.

Polizeinachrichten.

Wer kann Angaben über nachfolgenden Unfall machen? Dienstag, den 6. September, nachmittags gegen 1¼ Uhr will eine hier wohnende 64-jährige Kaufmannswitwe auf der Kreuzung Tröndlinring-Nordstraße-Plauenische Straße von einem Radfahrer angefahren und auf die Bahnbahn geschleudert worden sein, so daß sie sofort lebensgefährlich verwundet sei. Passanten sollen die Verletzte nach einer Bank in den Anlagen am Tröndlinring gebracht haben, wo sie dann wieder zu sich gekommen sei. Da der Kriminalpolizei über den Vorfall bisher nichts bekannt war, werden diejenigen Personen, die über den Vorfall bzw. über die Verletzung des Radfahrers Angaben machen können, gebeten, sich möglichst sofort bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Umzüge. Bei den in den Straßen der Stadt verankerten Umzügen kommt es vielfach zu erheblichen Verkehrsstörungen, weil die Teilnehmer der Umzüge sind, daß die Genehmigung der Umzüge die Aufhebung der Verkehrsverbote in sich fassen. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Genehmigung von Umzügen aller Art in den Straßen der Stadt nur unter der Be-

hinzuerteilt wird, daß Verkehrsstörungen, insbesondere des Straßenverkehrs, vermieden werden und daß durch Anordnung dafür gesorgt wird, daß die Teilnehmer des Zuges die rechte Straßenseite einnehmen, daß daneben ein ungehinderter Fahrzeugverkehr erfolgen kann. Ebenso sind die Teilnehmer verpflichtet, durch Wachen in dem Zuge Wagen, die den Zug kreuzen wollen, hindurchfahren zu lassen. Die unbedingte Einhaltung dieser Vorschriften muß verlangt werden, damit der großstädtische Verkehr nicht untragbare Störungen erleidet. Die Anordnungen haben keinerlei Befugnis, in die Aufgaben der Verkehrspolizei einzugreifen, sondern nur die Bestimmung, die Ordnung in den Straßen aufrechtzuerhalten und die Polizeibeamten in der Regelung des Verkehrs zu unterstützen.

Bermittelt wird seit dem 8. September der 17-jährige, in U-Sellerhausen, Bülowstraße 14, III., bei seinen Eltern wohnhaft gewesene Kaufmannslehrling Erich Müller. Dieser hat sich am genannten Tage nachmittags gegen 1/2 2 Uhr, wie gewöhnlich, aus der elterlichen Wohnung entfernt, um sich an seine in der Gabelsbergerstraße in U-Reudnitz gelegene Arbeitsstelle zu begeben. Dort ist er aber nicht eingetroffen und ist auch bis heute nicht nach Hause zurückgekehrt. Der Vermittelt ist etwa 1,60 m groß, schlank, hat dunkles Haar, dunkelbraune Augen, längliches rötliches Gesicht und trägt bei seinem Weggange dunkelgraue Jacke und dunkelbraune weichen Filzhut. Bei seinem Betreten übernahm man ihn einem Auflichtegebenden.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger.

Ausgabe von Hammelfleisch (gute Qualität), 4-Pfund 5,80 Mk., vom 1. bis 15. September täglich von 9 bis 3 Uhr im Schlachthof gegenüber dem Schauamt. Bitte passendes Geld und Einschlagpapier mitbringen.

Lebensmitteltalender für Donnerstag, den 15. September.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Kohlenarten für Haushalte mit Untermietern im Kohlenamt, Harzstraße 3, I. — Abteilung für Untermietern — von 1/2 8—1 Uhr: Buchstaben X, Y, Z des Vermieters.

Für Händler.

Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: Bezugsscheinentnahme.

Sächsischen Angelegenheiten.

So darf es nicht weitergehen!

Die höheren Beamten wählen gegen die Regierung.

Die höheren Beamten wählen ihre Sabotage gegen die sozialistische Regierung fort und versuchen nach wie vor, die Beamtenorganisationen für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Unserem Dresdner Bruderblatt ist dafür ein nur dokumentarischer Beweis in die Hände gefallen. Es berichtet darüber:

Nach einem vom 5. September 1921 datierten, auf der Schreibmaschine hergestellten Zirkular wurden „die Herren Kreisvertreter der Fachgruppe der höheren Verwaltungsbeamten, sowie deren Stellvertreter“ auf Donnerstag, den 8. September, nachmittags 1/4 4 Uhr, nach Zimmer 460, Arbeitsministerium, bestellt oder vielmehr „ergebnislos“ eingeladen. Unterzeichnet ist dieses Schreiben von Regierungsrat Dr. Schmidt, dem Vorsitzenden der Fachgruppe, deren Vertreter geladen waren. Zur Besprechung wurde gestellt der Regierungsgesamtwort über die Gemeindeförderung und Bezirksverwaltung. Ferner die Erklärung der Regierung zur politischen Lage vom 2. September. (1)

Wir wissen noch nicht, ob diese Sitzung stattgefunden hat und was dort vorgegangen ist. Aber darauf allein kommt es auch nicht an. Es genügt, die Absichten der „höheren“ Beamten in diesem Falle zu kennen, um sich ein Urteil zu bilden und zu dem Schluss zu kommen, daß man es hier mit einem organisierten Widerstand gegen die sozialistische Regierung zu tun hat. Wir lassen die Tatsachen sprechen, dann mag der Leser urteilen, ob das zu viel gesagt ist. — Dem Zirkular war der Operationsplan beigelegt, nach dem verfahren werden soll. Es wird zunächst hingewiesen auf eine Resolution, die die Herren Kollegen der Kreis- und Amtshauptmannschaft in Zwickau angenommen haben und ersucht, diese Entschiedenheit „an alle Vertrauensleute der B. S. S. zu gleichem Vorgehen weiterzugeben“. Diese Resolution wird in Abschrift beigelegt. Sie lautet:

Die Beamten der ... beantragen, bei allen Staatsbeamten der inneren Verwaltung (Ministerium, Kreishauptmannschaften und Amtshauptmannschaften) eine Urabstimmung mit folgendem Wortlaut stattfinden zu lassen:

Die gesamte Beamtenschaft der inneren Verwaltung lehnt den Gegentwurf für die Gemeindeförderung und Bezirksverwaltung — ohne auf die vielen sonstigen Gründe einzugehen, die gegen den Entwurf sprechen — geschlossen ab, weil er die wohlverordneten Rechte der Staatsbeamten und des ganzen Staatsbeamtenstandes in der inneren Verwaltung gefährdet. Wenn der Entwurf Gesetz wird, gibt es keine Staatsbeamtenlaufbahn in der Verwaltung und keinen Nachwuchs mehr. Die Staatsbeamten der inneren Verwaltung werden deshalb weder selbst eine der vom Entwurf vorgesehenen Kommunalfunktionen annehmen, noch werden sie im Staatsdienst verbleiben, wenn einem Teil der bisherigen Beamtenschaft unter Androhung von irgendwelchen Zwangsmaßnahmen angeordnet wird, eine solche Kommunalfunktion anzunehmen.

Das ist deutlich und schließt jedes Mißverständnis aus. Aber die Macher des Ganzen richten sich auch für den Fall ein, daß die Sache nicht in der gewünschten Weise klappt, die Entschiedenheit „keine geschlossene Einheit“ ergeben sollte. Für diesen Fall „müßte folgende zweite Frage durch Urabstimmung geklärt werden“:

Kein Staatsbeamter der inneren Verwaltung wird eines der neuen Kommunallämter annehmen, solange nicht die Zukunft aller bisherigen Staatsbeamten und ihre von ihren Gewerkschaften zu stellenden Mindestforderungen gesichert sind.

Diese Mindestforderungen sind folgende:

1. Kein Beamter und keine Beamtin — gleichgültig, ob Akademiker oder Nichtakademiker oder Anwärter — kann gezwungen werden, in den Gemeinde- oder Bezirksverbandsdienst überzutreten. Es ist denen, die nicht freiwillig überzutreten wollen, im Gegenteil ein gleichwertiges Staatsamt, das ihrer Vorbildung und ihrer bisherigen Beschäftigung angemessen ist, mit gleichem Einkommen und der Befassung der besonderen Rechte, z. B. Aufsicht usw., zu übertragen.

Vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ist den Beamten erstmalig nach dem Recht der Ortswahl zu sichern, damit niemand im Kommunaldienst zellebens an dem Ort bleiben muß, an dem ihn der Staat gerade jetzt zufällig beschäftigt.

2. Soweit ein solches Staatsamt nicht vorhanden ist, sind die Beamten, die sich nicht im Gemeinde- oder Bezirksverbandsdienst übernehmen lassen, mit dem vollen zuletzt bezogenen Dienstverdienst in den Ruhestand zu versetzen. (1) Eine Abfindung mit sieben Zehntel kann unter den heutigen Zeiten keinesfalls in Frage kommen. Früher konnte man allenfalls mit sieben Zehntel des Gehalts leben, heute langt schon der ganze Gehalt nicht mehr zum Leben und zur Erziehung der Kinder.

Für diejenigen Staatsbeamten, -Beamtinnen und Anwärter, die sich übernehmen lassen, müssen die nachstehenden Rechte gesichert werden:

1. Für den Fall der Übernahme in den Gemeinde- oder Bezirksverbandsdienst hat diese stets in eine höhere Besoldungsgruppe mit den für diese Gruppe geltenden Dienstbedingungen der Staatsbeamten zu erfolgen. Diese Dienstbezeichnung hat der bisherige Staatsbeamte weiterzuführen. Rückt er automatisch höher, so ist ihm ebenfalls für seine Person wieder die Dienstbezeichnung, die für die betreffenden Staatsbeamten in der gleichen Gruppe in Frage kommen, zu verleihen. Die Forderung ist selbstverständlich, weil die Gemeindebeamten durchgängig höher eingestuft sind als die Staatsbeamten.

2. Bei der Übernahme in den Kommunaldienst hat der Staat den bisherigen Staatsbeamten gegenüber die Garantie zu übernehmen, daß die Aufzählungs- und Einkommensverhältnisse, Antikubikelfreiheit, Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge, Unfallvorsorge dem übernommenen Staatsbeamten gewährt bleiben.

3. Jedem in den Kommunaldienst übernommenen Staatsbeamten ist der freiwillige Rücktritt in den Staatsdienst binnen drei Jahren offen zu halten (im übrigen vgl. Punkt 2 Satz 1 der ersten Forderung).

4. Bei der Übernahme in den Staatsdienst auf die Zeit von sechs Jahren anzustreben.

5. Bei Nichtübernahme hat der Staat die betreffenden Staatsbeamten sofort wieder zu übernehmen, oder sie sind vom Bezirk oder Gemeinde unter Gewährung des vollen zuletzt bezogenen Dienstverdienstes in den Ruhestand zu versetzen.

6. Die jetzt bestehenden Rechte der Staatsbeamten und die etwa noch zu bestimmenden finden ohne weiteres auf die übernommenen Staatsbeamten Anwendung, so lange sie sich im Kommunaldienst oder nach dessen Beendigung im Ruhestand befinden.

Für die Beamten, die in der neuen Verwaltung unter veränderten Verhältnissen weiter ihr Amt verrichten, bedarf es der meisten dieser Forderungen nicht. Auf die Masse der mittleren und unteren Beamten wird das zutreffen. Eine große Anzahl der höheren Beamten wird allerdings überflüssig sein. Und das ist der Kern der ganzen Sache! Sie, die Herren „Höheren“, suchen unter dem Deckmantel der Vertretung gewerkschaftlicher Interessen die gesamte Beamtenschaft vor den Folgen ihrer Sonderinteressen zu spannen. Versuchen Sie diese Gesellschaft wahrlich nicht; ihr graut vor der in gefährlicher Nähe gerückten demokratischen Verwaltungsorganisation. Da wollen Sie nicht mitmachen, sich aber trotzdem eine mühselige und möglichst gute Existenz verschaffen. Benutzen Sie in Höhe des vollen zuletzt bezogenen Gehalts für alle die, die sich weigern, weiter Dienst zu verrichten!

Eine größere Unversämtheit ist denn doch kaum denkbar! Man versteht dann aber auch, warum die höheren Beamten nichts wissen wollen von einer demokratischen Gemeindeförderung. Daß die ganze Art ihres Vorgehens politisch motiviert ist, und eine offene Fronte gegen die sozialistische Regierung ist, bedarf kaum eines weiteren Beweises.

So darf es auf keinen Fall weitergehen. Den höheren Beamten muß der Standpunkt einmal ganz gehörig largemacht werden. Es muß ihnen zu Gemüte geführt werden, daß sie sich als Glieder der Beamtenschaft zu fühlen und der neuen Zeit und den neuen Verhältnissen anzupassen haben. Wollen Sie das nicht, dann müssen Sie die Konsequenzen ziehen, aber dann auch die Folgen in aller Schärfe tragen. Reinesfalls darf man ihnen gestatten, auf Kosten der Allgemeinheit zu faulenzen. Sollten Sie keine nützliche Arbeit finden, mögen Sie sich wie jeder weniger heilungsfähige Staatsbürger mit der Arbeitslosenunterstützung begnügen. Sollten die Herren aber böswillig aus politischen Motiven die Arbeit demonstriativ verweigern, dann müssen Mittel und Wege gefunden werden, sie ihrer Vorteile zu entkleiden und wie andere Arbeitslose mit geeigneten Maßregeln zu nützlicher Tätigkeit anzuhalten. Von der Regierung muß dringend verlangt werden, daß sie energisch in das Benehmen greift, und sich nicht — wie leider allzu lange — auf der Nase herumtanzten läßt.

Die Steuervorlagen im Landtag.

Am 20. September tritt der Sonderausschuß, der sich mit den Steuervorlagen zu befassen hat, erneut zusammen. Von dem Fortschritt der Arbeiten wird es abhängen, ob die Vollversammlung des sächsischen Landtages bereits Ende dieses Monats ihre Arbeiten wieder aufnimmt.

Eine notwendige Nichtigstellung.

Von der Fachgruppe Landespolitik Leipzig des Verbandes sächsischer Polizeibeamter, E. B., geht folgende Erklärung aus: „In den Berichten über die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den mitteldeutschen Unruhen wird an mehreren Stellen davon gesprochen, daß sich die sächsische Schutzpolizei gegenüber der rheinischen und Berliner Schutzpolizei weniger gut bewährt habe bzw. weniger zuverlässig gewesen sei. Obwohl die Beamten der sächsischen Landespolizei wissen, daß damit nur die Schutzpolizei der Provinz Sachsen gemeint sein kann, dürfte diese Tatsache in der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt sein und zu einer Übertragung dieses Urteils auf die Landespolizei des Freistaates Sachsen verleiten. Der unterzeichnete Verband legt Wert darauf, in der Öffentlichkeit hiermit festzustellen, daß während der gesamten Unruhen in Mitteldeutschland März 1921 sächsische Landespolizei außerhalb der Landesgrenzen des Freistaates Sachsen in keinem Falle zur Verwendung gekommen ist, demzufolge sich die eingangs erwähnten Beurteilungen nur auf die Schutzpolizei der Provinz Sachsen beziehen können.“

Diese Nichtigstellung ist deswegen sehr wichtig, weil die reaktionäre Presse den irreführenden Bericht über die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses natürlich mit breitem Hehagen gegen die sächsische Regierung auszunutzen versuchen wird.

Einbruch in unsere Zeitung in Chemnitz und im Parteisekretariat.

Unser Chemnitzer Bruderblatt berichtet: In der Nacht vom Montag zum Dienstag stahlen höchst eigenartige Einbrecher unsere Geschäftsräume sowie dem Parteisekretariat einen Besuch ab. Mittels Nachschlüssels verschafften sie sich Eingang zum Korridor, um von dort aus ihr übles Gewerbe mittels Brecheisen und Schraubenzieher zu beginnen. Ihr erster Besuch galt der Redaktion, wo alle Behälter geprenzt und — nach Papieren durchsucht wurden. Wertpapiere blieben unberührt. Vom Zeitungsregal wurden die Vorhänge abgerissen. Dem Studium der dort lagernden Presse lag die Gesellschaft wohl kaum ob. Sie wandte sich dem Parteisekretariat zu, das sie gewaltam öffnete. Auch hier wurden sämtliche Behälter aufgebrochen. Eigentümlicherweise wurden auch hier Wertpapiere und Kleider unberührt gelassen. Inwiefern Papiere oder Bücher fehlen, konnten wir vorläufig nicht feststellen, da Genosse Dornburg auswärts an einer Konferenz teilnimmt. In den Expeditionsräumen erbrachen die Verbrecher ein Pult und entnahmen ihm einen Geldbeutel, während sie in anderen Schließfächern wohl die Papiere durchsuchten, das darin befindliche Geld aber unberührt ließen. Selbst der Bücherschrank in der Wohnung unseres Genossen Burkhardt wurde erbrochen. Wert- und Kleiderstücke blieben unberührt.

Die Kriminalpolizei hat bereits Recherchen angestellt. Wir enthalten uns vorläufig jeder Verbauchäußerung.

Wolkenstein. Der Stadtgemeinderat zu Wolkenstein hat beschlossen, ab 1. Oktober 1921 die Erwerbslosenunterstützung um 25 Prozent zu erhöhen.

Schwarzenberg. Die Gemeindevorwahlen, die infolge der Auflösung des Gemeinderats notwendig geworden waren, erbrachten dieselbe Zusammensetzung wie zuvor: 13 Väterliche gegen 13 Vertreter der sozialistischen Gruppen. Die Kommunisten verloren ein Mandat an die SPD.

Delitzsch. Eine neue Industrie, die Herstellung von Erbsenbäckchen aus Schokolade usw., ist hier von zwei Architekten und einem Handelsdirektor gegründet worden.

Kirchberg. Das Mollager der Spinnerlei von J. S. Wolff hier wurde nachts durch Feuer vernichtet. Auswärtige Feuerwehren waren zur Hilfeleistung hier eingetroffen. Der Schaden geht in die Millionen; er wird jedoch durch Versicherungen gedeckt.

Adorf i. B. Auf Lebenszeit gemählt wurde in gemeinschaftlicher Sitzung des Rates und der Stadtratsmitglieder der seit vier Jahren hier amtierende Bürgermeister Dönitz. Die Wahl erfolgte mit 17 gegen 2 Stimmen.

Klingenberg. Am 1. Oktober 1921 wird die erste Teilschleife Klingenberg-Colmuth-Kaundorf bei Freiberg der im Bau befindlichen idyllischen Bahnlinie Klingenberg-Colmuth-Oberdittmannsdorf dem Verkehr übergeben. In der neuen Strecke liegen die Bahnhöfe Colmuth und Kaundorf bei Freiberg, sowie der Haltepunkt Nieder-Colmuth.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Leipziger Bauhofsler.

In einer öffentlichen Zuschrift an die Leipziger Neuesten Nachrichten stellt die Schlichterinnung immer wieder die Behauptung auf, daß die Bauhofsler jede weitere Verhandlung abgebrochen und ohne den Schlichtungsausschuß anzurufen in den Streik getreten sind. Hierzu muß folgendes festgestellt werden: Bei der letzten am 31. August stattgefundenen Verhandlung mit der Innungskommission erklärte diese nochmals endgültig, daß sie den vom Demobilisierungskommissar am 4. März 1921 für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht anerkenne, sondern daß die bewilligten Zulagen von 30 Pfg. bis 1 Mk. auf einen von der Innung selbst ausgearbeiteten Grundlohnentwurf aufgebaut werden sollen. Dieser Innungsentwurf ist bedeutend niedriger als der vom Schlichtungsausschuß, so daß die unter 21 Jahre alten Kollegen nach den neuen Lohnsätzen weniger erhalten hätten, als der Schiedsspruch vom 4. März vorsah. Das konnten sich die Bauhofsler auf keinen Fall bieten lassen. Es ist wohl einleuchtend, daß die Innung jedes Schiedsgericht ablehnt, es wohl zwecklos war, den Schlichtungsausschuß erneut anzurufen. Ueber die traurigen Zustände im Lehrlingswesen wird ein weiterer Artikel Aufschluß geben.

Die Streikleitung.

Chemische Industrie.

Die Landeskongress der chemischen Arbeiter Sachsens, die Sonntag, den 11. September, in Dresden tagte, hat nach reiflicher Erwägung aller Umstände den Schiedsspruch des Bezirksamts Schlichtungsausschusses angenommen. Eine Versammlung der Betriebsräte der chemischen Industrie Leipzigs hat am 12. September diesem Beschluß seine Zustimmung gegeben. Die Löhne betragen demnach mit Wirkung vom 1. September 1921:

	I	II	III
Arbeiter über 20 Jahre	6,45 Mk.	6,15 Mk.	5,85 Mk.
„ 18—20 „	5,55 „	5,25 „	4,95 „
„ 17—18 „	4,85 „	4,55 „	4,25 „
„ 16—17 „	4,30 „	4,— „	3,70 „
Arbeiterinnen über 20 Jahre	4,— Mk.	3,75 Mk.	3,50 Mk.
„ 18—20 „	3,60 „	3,35 „	3,10 „
„ 16—18 „	3,15 „	2,90 „	2,65 „
„ 15—16 „	2,85 „	2,60 „	2,35 „

Dazu kommt die Frauen- und Kinderzulage von 15 Pfg. pro Kopf und Stunde. Die Löhnsätze der chemisch-technischen und Effizienz-Kleinbetriebe, der Farben-Industrie und der kosmetisch-pharmazeutischen Industrie ermäßigen sich um 15 Pfg. in jeder Orts- und Altersklasse.

Die Lohnsätze haben Gültigkeit bis 31. Oktober 1921. Wir erlauben die Betriebsräte, die richtige Auszahlung der neuen Löhne zu kontrollieren.

Mit der Vereinigung sächsischer Fabrikanten von Parfümerien schweben Sonderverhandlungen.

Verband der Fabrikarbeiter.

Zahlstelle Leipzig.

Zum Streik der Zementwaren- und Kalksteinarbeiter.

Ist zu berichten, daß sich einzelne Unternehmer große Mühe geben, um sich den Streik nicht verflüchtigen zu lassen.

Bei Großmann & Hennerdorf in U-Lindenau werden die Verladearbeiten von technischen und kaufmännischen Angestellten verrichtet. J. B. laden Herr Knaust aus Dölitz, Bornaische Straße 176, und Herr Stiehl aus U-Schleußig, Broßelbaer Straße 19, allerhand Baustoffe. Zur Not werden sie unterstützt vom Postkutschen Fuhr und vom Meister Friedrich, U-Connewitz, Meusdorfer Straße 43, beide von der Firma Dr. Keil. Ob sich die Herren ihrer Handlungsweise bewußt sind? Vielleicht brauchen diese Herren die Kunststeinarbeiter auch einmal oder sind ihre Gehalts- und Arbeitsbedingungen so rosig? Wir werden uns aber auch nach ihrer gewerkschaftlichen Organisation erkundigen.

Bei der Firma Willi Kober in Holzhausen müssen sich der Bruder des Inhabers und der Reisende Herr Walter Kube, Holzhausen, Schulstr. 6, ab, um die notwendigen Arbeiten fertigzustellen.

Es ist die alte Erscheinung, daß leider die Angestellten nicht alle begriffen haben, daß sie als Arbeiter gelten und nur gemeinsam mit den Arbeitern ihre Interessen vertreten können. Ein derartiges Verhalten, wie es diese Angestellten an den Tag legen, trägt gewiß nicht dazu bei, daß das gegenseitige Verhältnis geklärt wird.

Wir rufen deshalb auch den Angestellten zu, läßt Solidarität, auch wenn es sich um Lohnkämpfe der Arbeiter dreht, verweigert jede Streikarbeit.

Verband der Fabrikarbeiter.

Die am Streik im Handeltsgewerbe Beteiligten werden aufgefordert, ihre Streikunterstützung sofort im Verbandsbureau abzuholen. Die Auszahlung wird noch stattfinden am Mittwoch, dem 14. September, und Donnerstag, dem 15. September, von 4—7 Uhr, im Zimmer 19. Späterkommende können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden.

Geschießführer und Arbeiter im Schwermetallwerk, Expeditionen und Kohlenbetrieben. Auszahlung der Streikunterstützung für die am Streik Beteiligten findet am Sonntag, dem 13. September, vormittags 8—12 Uhr, im Volkshaus, Adolphstraße, statt. Wer keine Unterstützung durch eine dritte Person abholen läßt, hat dieser einen schriftlichen Ausweis mitzugeben. Nicht abgeholte Unterstützung kann später nicht mehr ausbezahlt werden.

Die Ortsverwaltung.

Buchbinderei-Markthelfer. Donnerstag, den 15. September, nachmittags 1/2 5 Uhr, im Restaurant Weimann, Rathausstraße 9—11, Mitglieder-Versammlung. Ohne Buch kein Zutritt. Mitgliedschaft kann am Saaleingang erworben werden.

Die Sektionsleitung.

Landarbeiterstreik. Im Mansfelder Lande ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Es streiken die im freien Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter der sächsischen Harzgebirge, die auch die Kalksteinarbeiter verweigern. In einigen Dörfern wurde die Arbeit völlig eingestellt. Die landwirtschaftliche Nothilfe wurde bereits eingeleitet.

Sächsischer Gemeindebeamtenrat.

Wie gemeldet, hält der Sächsische Gemeindebeamtenrat am Sonntag, dem 18., und Montag, dem 19. d. M. in Dresden seine Bundeshauptversammlung ab. Der Hauptversammlung gehen voraus eine Sitzung des Bundesvorstandes, des Gesamtvorstandes, Sitzungen der Wohlfahrtsstellen und die Hauptversammlungen sämtlicher Fachgruppen. Außerdem finden Hauptversammlungen der Vereinigung der Spar- und Girokassenbeamten im Freistaat Sachsen und des Landesverbandes der sächsischen Landesbeamten statt. Mit der Tagung ist eine Ausstellung für Bureau- und Krankenhauseinrichtungen verbunden.

Annahme des Schiedsspruches durch die Berliner Arbeiter und Angestellten. Die Urabstimmung unter den städtischen Arbeitern und Angestellten über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hat eine Mehrheit für die Annahme ergeben.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter.

Von den 13. September.

Zwar ist es auch am zweiten Verhandlungstage zu einer Erörterung der großen Fragen und jener Merkmale, die die Politik des auf der Stuttgarter Tagung gewählten Vorstandes des Metallarbeiterverbandes auszeichnen, noch nicht gekommen, aber dennoch zeigte es sich doch heute schon, daß von den Führern der rechtssozialistischen Fraktion, so vor allem durch Haas-Köln, eine gewisse Spitze in die Beratungen hineingetragen werden soll. Die USPD-Fraktion wollte die Leitung der Verhandlungen in die Hände der beiden Vorstandsmitglieder Reichel (SPD.) und Brandes (USPD.) gelegt wissen, aber Haas beantragte im Namen seiner Fraktion, daß nur Delegierte, nicht aber Vorstandsmitglieder das Bureau bilden sollen, weil der Vorstand allzu sehr im Brennpunkt der Debatten stehe und deshalb eine unparteiliche Leitung der Verhandlung nicht gewährleistet sei.

Mit guten Gründen wurde von der USPD-Fraktion hiergegen geltend gemacht, daß der Vorstand und seine Tätigkeit allseitig, namentlich aber in Köln und Stuttgart, Gegenstand der lebhaftesten Auseinandersetzungen waren, daß es aber damals Haas und seinen Freunden nie eingefallen sei, solche Gesichtspunkte hervorzuheben. Indessen, die SPD-Fraktion beharrte auf ihrem Standpunkt und die SPD. sekundierte ihr eifrig. Das Resultat war die Annahme eines Beschlusses, das Bureau nur durch Delegierte zu besetzen.

Dadurch war eine vollständig neue Situation entstanden, weshalb Ulrich-Berlin (USPD.) die Unterbrechung der Verhandlungen beantragte, eine Anregung, der die Generalversammlung entsprach. Die drei Fraktionen traten zu gesonderten Beratungen zusammen, und das Ergebnis war, daß die USPD. auf ihrem Standpunkt beharrte, Brandes als Vorsitzenden zu präsentieren, da sie sich unmöglich vorschreiben lassen könne, wen sie als Mann ihres Vertrauens in Vorschlag bringe.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ergab sich das merkwürdige Schauspiel, daß die SPD-Fraktion keine neuen Vorschläge zur Besetzung des Bureau machte, obwohl Haas kurz vorher in ihrem Namen erklärt hatte, er werde die Schachfiguren nach seinem Belieben ziehen. Sowohl die SPD. als auch die KPD. sahen ein, daß sie sich durch ihren gemeinsamen gegen die USPD-Fraktion gefaßten Beschluß festgefahren hätten. Während aber nun die KPD. sich dazu bequimte, dem Wunsche der USPD. Rechnung zu tragen, verharnte die SPD. unter der Führung Haas' auf ihrem Standpunkt, daß Brandes nicht in das Bureau eintreten dürfe. Bei der Abstimmung ergab sich, daß der Vortragsbeschluss mit 400 gegen 372 Stimmen aufrechterhalten wurde. Die USPD. machte keine weiteren Vorschläge, konnte auch keine machen, wollte sie sich nicht selbst desavouieren, und so war das Bureau mit den beiden SPD-Kandidaten Strobel und Böcker und dem Kommunisten Braß besetzt. Indessen, diese sonderbare Weltgemeinschaft zwischen Moskau und dem ganz rechtsgerichteten Stimmführer der SPD. zeitigte schon kurz darauf bei der Behandlung eines kommunistischen Antrages zum allgemeinen Gaudium einen Riß, und die Freude der SPD. und KPD.-Sieger dürfte bei der weiteren Tagung noch öfter getrübt werden, wie auch jetzt schon feststeht, daß einem Teil der Delegierten der SPD. Bedenken ob der Haltung und Leitung der Haas und Genossen aufsteigen, Bedenken, die bei der morgigen Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes, den Robert Dymann erstatten wird, sich zweifellos noch steigern werden.

2. Verhandlungstag.

Sehr langwierige Debatten liefen von Beginn der heutigen Sitzung erstattete Bericht der Mandatsprüfungskommission hervor, den Ramsbrat-Berlin gab. Gewählt werden sollten 780 Delegierte, anwesend sind 776 Mandatsinhaber, gegen deren Mandat keinerlei Beanstandung vorliegt. Ein Mandat in Herborn wird für ungültig und ein anderer Delegierter als gewählt proklamiert. Dem Bezirk Kassel wurde nachträglich ein weiteres Mandat zugesprochen.

Die Zusammensetzung des Bureau

ist mit Eröffnung des Verbandstages Gegenstand mehrfacher Beratungen der Fraktionen und zwischen den Fraktionen. Haas-Köln (SPD.) beantragt die Zusammensetzung des Bureau aus drei Vorständen, womit Maiahn-Stuttgart (KPD.) sich einverstanden erklärte und gleichzeitig den Anspruch seiner Fraktion auf Vertretung in der Leitung des Verbandstages anmeldete.

Haas-Köln (SPD.): Meine Freunde sind der Ansicht, daß kein Vorstandsmitglied im Bureau sitzen darf, da der Vorstand allzu sehr im Brennpunkt der Debatten steht. Darum unser Vorschlag, daß drei Delegierte gewählt werden. (Vorständler Dymann: Wie ist die Zusammensetzung gedacht?) Darüber mache ich jetzt noch keine Andeutungen.

Ulrich-Berlin (USPD.): Haben die Freunde des Kollegen Haas vergessen, daß sie früher stets entgegengesetzter Ansicht waren? (Lebhaftes Bravo!) Früher sah stets ein Vorstandsmitglied im Bureau, ohne daß seine Unparteilichkeit angezweifelt worden wäre. Der Vorschlag Haas bedeutet ein Mißtrauensvotum für den Vorstand, bevor dieser noch seinen Rechenschaftsbericht erstattet hat. Wir schlagen vor, daß die Vorstandsmitglieder Reichel und Brandes mit der Leitung des Verbandstages betraut werden.

Maiahn-Stuttgart (KPD.) will sich zwar die Beurlaubung Haas nicht zu eigen machen, pflichtet ihm aber in der Sache zu, daß kein Vorstandsmitglied im Bureau sitzen darf.

Ziska-Berlin (USPD.): Wenn wir Reichel und Brandes parat haben, in welcher Weise haben den Verband während der letzten zwei Jahre mit Geschick geführt haben und weil es ihnen gelungen ist, eine Zerklüftung des Verbandes zu verhindern.

Brandes (Hauptvorstand): Um der Legendenbildung vorzubeugen, als ob Alexander Schlade von der Opposition in Stuttgart aus dem Vorstand ferngehalten werden sollte, möchte ich feststellen, daß eine derartige Absicht nie vorlag. Alexander Schlade hatte nach den bestimmten Erklärungen des früheren Vorstandsmitgliedes Zernike gar nicht mehr die Absicht zu kandidieren, nachdem er Reichsarbeitsminister geworden war. Gegenüber Haas noch eine Bemerkung: Der Vorstand stand stets im Brennpunkt der Debatten, namentlich in Köln und Stuttgart, hatte aber auf diesen Tagungen dennoch die Verhandlungen geführt.

Nach weiteren unwesentlichen Bemerkungen wurde der Antrag Haas, kein Vorstandsmitglied ins Bureau zu delegieren, angenommen, wobei die Kommunisten für diesen Antrag stimmten, während Delegierte der SPD-Fraktion ihrem Führer Haas die Gefolgschaft für diese durchsichtigen Manöver versagten.

Ulrich-Berlin beantragte nunmehr Vertagung der Verhandlung um eine Stunde, damit zu dieser veränderten Situation Stellung genommen werden kann.

Da auch Braß (KPD.) und Haas (SPD.) zustimmen, wird die Sitzung vorzeitig abgebrochen, um von Beratungen der einzelnen Fraktionen abgelöst zu werden.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen meldet sich zunächst niemand zum Wort, was Emil Rath-Berlin zu dem Vorschlag veranlaßt, daß das jetzige Bureau die Verhandlungen des Verbandstages leite.

Moskahn-Berlin bringt nun namens der Kommunisten Braß als Verhandlungsleiter in Vorschlag und Haas-Köln die Delegierten Böcker-Köln und Strobel-Chemnitz (beide SPD.).

Ulrich-Berlin (USPD.): Unter den Delegierten wird das Gerücht kolportiert, vom Vorstand des Verbandes hätten Verhandlungen mit Vertretern der KPD. stattgefunden; daran ist kein wahres Wort. Nachdem die Fraktionsbildung hier anerkannt worden ist, erlauben wir es für eine Selbstverständlichkeit, daß wir unsern Vertrauensmann und Kandidaten präsentieren. Wir halten an Brandes fest. Im gleichen Sinne spricht Wichehaas.

Vorständler Dymann: Es sind also vorgeschlagen: Braß, Böcker, Strobel und Brandes.

Haas: Wenn Brandes vorgeschlagen wird, ist zunächst der Verbandstag zu befragen, ob er seinen Beschluß aufheben will.

Braß (Komm.): Wir beharren zwar auf unserm Standpunkt, daß das Bureau aus Delegierten zusammengesetzt sein soll, wenn aber eine Fraktion aus einem bestimmten Kollegen vorschlägt, so können wir ihn nicht ablehnen.

Nach einer weiteren Debatte, die sich im gleichen Rahmen bewegte, wurde der am Vormittag gefaßte Beschluß, das Bureau nicht mit Vorstandsmitgliedern zu besetzen, aufgehoben. Da aber infolge der Anwesenheit des Abstimmungsergebnisses Auszählung erfolgen mußte, fügten sich die Delegierten der SPD. dem Fraktionszwang. Dadurch ergab sich eine Mehrheit von 400 gegen 372 Stimmen für die Aufrechterhaltung des früheren Beschlusses Braß-Reichel (KPD.), Strobel-Chemnitz (SPD.) und Böcker-Köln (SPD.) wurden zu Vorständen gewählt. Die USPD. ist im Vorhinein nicht vertreten. Zu Schriftführern wurden acht Delegierte bestimmt. (4 SPD., 3 USPD. und 1 KPD.)

Die Wahl der Kommissionen

ging glatt vor sich. In die zwei Beschwerdekommmissionen von je neun Kollegen wurden 5 SPD., 3 USPD. und 1 KPD. delegiert. Das gleiche Fraktionsverhältnis wurde bei den anderen Kommissionen zugrundegelegt.

Die Geschäftsordnung wurde dahin abgeändert, daß Anträge der Unterfraktion von 50 Delegierten bedürfen und daß zu einer namentlichen Abstimmung ein von 75 Delegierten unterstützter Antrag notwendig ist. Zum Vorstandsbericht sind drei Rednergarnituren vorgesehen mit einer Redezeit von je 1 bzw. 1 1/2 und 1/2 Stunde.

Die Kommunisten beantragten, den Geschäftsbericht zu lesen in Reiterate a) über die allgemeine wirtschaftliche Lage und b) über Arbeitsgemeinschaft, Betriebsräte und Tarif bei kommenden Verhandlungen. Nachdem Dymann aus einandergelegt, daß eine derartige Teilung aus praktischen Gründen nicht durchgeführt werden könne, daß er aber zum guten Teil die angeführten Fragen in seinem Referat behandeln werde und nachdem er beigelegt, daß noch in diesem Jahre ein Reichsbetriebsrat nach der Metallindustrie in Aussicht genommen sei, wurde sowohl der kommunistische Antrag auf Teilung des Geschäftsberichtes als auch verbleibende andere Anträge, so über die geordnete Behandlung des Arbeitsratstreikens, die Frage der Sozialfürsorge, die Lehrlingsfrage usw. abgelehnt, was die Kommunisten zu einer Erklärung veranlaßte, in der der Generalversammlung ein Ausweichen vorgeworfen wird. Am Schluß dieser Erklärung heißt es:

„Dieses Vorgehen der Mehrheit der Generalversammlung ist eine unverantwortliche und die Arbeiterklasse schädigende Handlungsweise, gegen die wir auf das Schärfste protestieren.“

Walcher-Stuttgart (KPD.) brachte einen Antrag ein, in der die Aufmerksamkeit der Vorstandsmitglieder auf die jüdische Haltung der deutschen Arbeiter und Bauern gelenkt und beauftragt wird, daß der Vorstand aus dem Bestand der Hauptklasse pro Mitglied 1 Mt. bedingungslos für die Auslandshilfe zur Verfügung stelle.

Haas-Köln wünscht, daß der Russenantrag der Rechnungs-kommission überwiegen wird.

Dymann: In meiner Eröffnungsrede habe ich es als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, daß wir gemäß dem Aufruf der Antiradikaler Internationale Ausland unterstützen. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist diesem Aufruf Antiradikals beigetreten. Vor der Generalversammlung hat der Vorstand des Metallarbeiterverbandes sich mit der Frage befaßt, ob neben den freiwilligen Beiträgen ein Beitrag gegeben werden soll. Ordnungsgemäß muß der Antrag Walcher nicht nur dem Rechnungsausschuß, sondern auch dem Vorstand vorgelegt werden. Und die Gelder müssen dann nach Antiradikal abgeführt werden, damit wir auch die Gewähr haben, daß sie entsprechend verwendet werden. (Lebhaftes Bravo.)

Wegmann-Essen (Komm.): Ich weiß nicht, warum Dymann seine ganze Veredsamkeit aufwendet, damit die Gelder nach Antiradikal geschickt werden. (Gelächler.)

Der Antrag wird an die Rechnungs-kommission und den Vorstand verwiesen.

Damit waren die Beratungen am Dienstag beendet. Am Mittwochmorgen beginnt Dymann sein Referat über die Tätigkeit des Vorstandes.

Am Abend des Dienstag tagten die drei Fraktionen in gesonderten Sitzungen.

Briefkasten der Redaktion.

M. B. Kleinschöcker. Darüber kann nur das Mitteilungsamt entscheiden.

G. G. 260. Der ledige Rentenempfänger bleibt steuerfrei, wenn seine Steuer nicht mehr als 300 Mt. für das Jahr beträgt. Beim Verheirateten erhöht sich diese Grenze, da für die Ehefrau eine weitere Ermäßigung um 120 Mt. eintritt, auf 420 Mt. Wenn übrigens besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, kann die Steuer bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 10.000 Mt. ganz erlassen werden. Es wird sich offenbar um rückständige Steuer für das Jahr 1920 handeln. Wenden Sie sich ans Finanzamt.

1870. Es handelt sich um das Altersrentengesetz, das kurz vor den Ferien des Reichstages verabschiedet, aber bereits am 1. Januar 1921 in Kraft getreten ist. So daß die höheren Beträge von diesem Termin an nachzuzahlen sind. Das Gesetz bestimmt, daß für die früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, soweit ihnen Versorgungsgebühren nur infolge einer vor dem 1. August 1914 beendeten Dienstzeit zuerkannt sind oder nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. 5. 20 erlassenen Militärversorgungsgesetzen noch zuerkannt werden können, im wesentlichen das Reichsversorgungsgesetz gilt. Es kann innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides jeder Versorgungsberechtigter selbst entscheiden, ob er die Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz oder nach den bisherigen Bestimmungen haben will. Ob das Gesetz schon im Buchhandel zu haben ist, wissen wir nicht. Ueber die Kinderzulage gibt Ihnen die Organisation der Eisenbahner Auskunft. — 2 Mt. Parteikasse.

Parteikalender der USPD. München

Wesend 11. Freitag, den 16. September 1921, abends 7 Uhr. im Restaurant Ludwigsburg, Trappentourstraße 33, wichtige Mitteilungsverammlung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Mehl! Werners Elke-Mehl

feinstes Weizen-Mehl, Auszug-Qualität, ist das Beste.

Alltägliche Bekanntmachungen.

Spartasse Dehsh.

Wegen Umzugs bleiben die Geschäftsräume am Freitag und Sonnabend, den 16. und 17. September 1921, geschlossen.

Die Geschäftsräume befinden sich ab 19. September 1921 im neuen Rathaus.

Dehsh-Marktflecker, den 12. Sept. 1921.

Der Gemeindevorstand.

Dr. FROELICH

zurück.

Patentanwaltsbüro Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Geyers

3 billige Ausnahmetage

Donnerstag - Freitag - Sonnabend

Schweinefleisch	14.00	13.50
Fettfleisch	10.70	10.50
Leber geräucherter Speck	14.50	14.00
Leber geräucherter Schinken	10.00	10.50
Corned beef	8.50	8.00
Fettfleisch	3.50	3.00
Fettfleisch	3.20	3.00
Wurstfleisch	2.75	2.50
Weißer Landbutter	2.30	2.20
Weißer Griech	2.90	2.70
Weißer Rindfleisch	6.75	6.50
Mattaroni	7.80	7.60
Schokolade	8.80	8.50
Welschmehl	3.80	3.60
Rübenkraut	2.80	2.70
Leberwurst	3.25	2.95

Alle nicht angeführten Artikel werden ebenfalls zu Ausnahmspreisen abgegeben.

Schönefeld, Paul-Reyke-Straße 30

Neust., Ecke Neust. u. Wissmannstr.

Kleinschöcker, Wigandstraße 48

Wir empfehlen als günstige Kaufgelegenheit

solange der Vorrat reicht:

- Diederich, Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit. (Friedensmächte gebunden) 30.— Mt.
- Der Sommerprophet wider Diebstahl, Diebstahl, Diebstahl (144 Seiten stark). Ganzleinen. Friedensausgabe 15.— Mt.
- Staple Gent. Wie wieder Krieg. Streiflichter zum Zusammenbruch 8.— Mt., gebd. 12.— Mt.
- Maße, Wilhelm. Die Äiten des Vogelklangs. gebd. 10.— Mt.
- Alte Kelter gebd. 10.— Mt.
- Die Leute aus dem Walde gebd. 10.— Mt.
- Der Schilberung gebd. 10.— Mt.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei U. G.

Abteilung Buchhandlung / Lauchaer Str. 19-21

Geyers

Telephon Nr. 60514
Billige Lebensmittel
la Schmalz Pfd. 15.85
sowie die übrigen Lebensmittel in zu bekannt billigen Preisen
Rendhorn, Lauchaerstraße 10.
Südharz, Wilhelmstraße 41.

Achtung! Betriebsräte!

Gute Thüringer Winter-Kartoffeln hat abzugeben. Ein-Offerten unter A. K. 100 Filiale Lindenau, Obermannstraße 1.

Sant. Weichteils

u. Harzleib, vord. nerv. Schwäche behand. Dr. med. Dori, nicht approbiert, Vital. naturwiss. Heilung. Leipzig, Hauptstraße 5. Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Reparaturen

an Uhren, ed. Uhr, nur treue Arbeit, Ausführung u. mit Garantie, bei Gustav Kaniss, Uhrenm., Lauchaer Str. 6.

Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr

im großen Saale der Grauenhofschule, Königsstr. 20:

I. Vortragsabend: „Antimilitaristische Dichtungen“

geprochen von Ernst Friedrich, Berlin.

Neben den künstlerischen Darbietungen ist eine Ausstellung antimilitaristischer Bilder und Photographien.

Eintrittsstärke 3 Mt. (auf allen Plätzen).

Programm an der Abendkasse gratis.

Eine gute und billige Ware kaufen Sie:

Prima Stangenleinen, 130 cm breit

Meter 38.25

Prima Stangenleinen, 80 cm breit

Meter 29.—, 21.50

Remdientuch in 16.—, 13.50

Blaudruck für Kleider, kräftige Ware 16.50

Damenhemden von 26.— an

Kinderwäsche in billiger Preisstellung

Baby-Artikel

Kunstseidene Strickbänder in wunderbarer Auswahl zu billigen Preisen

Damen- und Kinderstrümpfe, kräftig gestrickt zu ganz besonders billigen Preisen

Herrensocken, schwarz Wolle . . . Paar 11.—

Händler und Wiederverkäufer

Vorratspreise!

Woll- und Weißwaren-Geschäft

E. Eckardt, Promenadenstraße 17.

Billige Fleisch- und Wurstwaren!

Schinken, Schwarzkopf und Schinkenpöckel . . . 13.00 Mt.

Geraucherter Speck 14.00 Mt.

Knaus- und Jagdwurst 14.00 Mt.

Salamiwurst 18.00 Mt.

Wurst- und Polnische Wurst 16.00 Mt.

Bratenspeck und warme Wurst 11.00 Mt.

Wurst 11.00 Mt.

Leberwurst 10.00 Mt.

Wurstschneiderei 12.00 Mt.

la Tala (kein Ausland) 12.00 Mt.

Marktalle, Galerie tinte Gasse

von Stand 65.

Sundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Hanssee 1921.

LXX.

Natürlich waren Peters Betenungen Mc. Givens gegenüber nicht buchstäblich zu nehmen; er hatte mehr als eine Frau angeschaut, doch hatte keine seine Blid erwidert. Zuerst hatte sich Peter um Miriam Jantowitsch bemüht, die rundlich und hübsch war, doch hatte Miriam bloß für den im Gefängnis schmachtenden Mc. Cormick Gedanken, außerdem mußte sie sich nach ihrem Abenteuer mit Bob Gaden ins Spital begeben und Peter wollte natürlich mit einer Kranken nichts zu tun haben. Er tat auch noch andern roten Mädchen schön, war auch bei ihnen nicht unbeliebt, doch behandelte sie ihn als guten Kameraden, schienen keineswegs die Theorie der freien Liebe befolgen zu wollen. Peter beschloß daher, nach einem Mädchen zu suchen, das keine Kote war. Dies würde ihm gestatten, sich zu erholen und zu unterhalten. Die roten verstanden sich schlecht auf Unterhaltung, sie deutete es eine Zerstreuung, sich in einem Zimmer zu versammeln und halbblau, um von der Polizei nicht gehört zu werden, die Internationalen oder die Kote Kanne zu fangen.

An einem Samstagabendmittag begab sich Peter in ein Konfektionsgeschäft, das einem Sozialisten gehörte, kaufte auf Kredit einen neuen Hut und Anzug. Dann verließ er sich auf die Straße, sah ein nettes kleines Mädchen in ein Kino eintreten und folgte ihr. Sie wurden bekannt und kuppelten miteinander. Sie war vornehm gekleidet und erzählte Peter, daß sie Maniküre sei. Ihre Ideen über Unterhaltung stimmten mit denen Peters überein, und er gab an diesem Samstagabend sein ganzes Geld aus und beschloß, sobald er etwas Neues über die Kote zu berichten habe, von Mc. Givens vierzig Dollars die Woche zu verlangen.

Der folgende Tag war Donnerstag. Peter traf seine Maniküre, und sie schenkte ihm die Park-Avenue, die vornehme Straße von American-City, entlang. Viele der Häuser waren besetzt, man sah eine Menge Männer in Uniform; alle Predigten beschäftigten sich mit religiösen Dingen. Aufmerksam war Christus aufgefunden, um der Welt die Demokratie zu sichern und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen einzuführen. Peter und Fräulein Frisbie waren Sonntaglich gekleidet, beobachteten die festliche Menge, Fräulein Frisbie luderte die Kleider der Damen, erlauchte etliche Broden aus ihren Reden, die sie stützend Peter mitteilte, und Peter fühlte, er sei auf den Olymp zurückgekehrt.

Sie betraten eine der aristokratischen Kirchen, die „Kirche des göttlichen Mittelb“. Es war eine „hohe“ Kirche, mit Kerzen und Weihrauch, — letzteren konnte man freilich kaum riechen, weil ihn die Lilien und der Parfüm der andächtigen Damen überdeckten. Peter und seine Freundin lehten sich in einen der ledergepolsterten Kirchenstühle und hörten eine der patriotischen Predigten des ehrwürdigen de Willoughby Stotterbridge, der stets in der Montagsausgabe der Times lobend erwähnt wurde. Der ehrwürdige de Willoughby alitierte etwas aus dem alten Testament, das sich mit der Ausrottung der Feinde des Herrn befaßte, lobte den Triumph der amerikanischen Waffen und die herrliche Überlegenheit der amerikanischen Munition. Er verdammte die Verfechter und die andern Verräter, forderte ihre sofortige Vernichtung. Zwar berichtete er nicht, daß er sich unter der Menge befunden hatte, die die T. W. Ws. durchgepeitscht und die Redaktion der „Trompete“ gestürmt hatte, doch war aus seinen Worten ersichtlich, daß er ein derartiges Vorgehen verlange und gutheisse. Peters Brust schwellte vor stolzem Glück. Es ist etwas wert, zu wissen, daß man seinem Vaterland dient, und die alte Kanne schütt, nach mehr jedoch ist es wert, verdorrt zu werden, man befand sich im Dienste des Allerhöchsten, der Himmel und seine Heerscharen stützen auf der gleichen Seite. Freudig erfuhr Peter, daß alles, was er getan habe, die Billigung des Gottesdieners habe, der im helligen Tempel des Unmöglichen, zwischen bunten Glasfenstern, hellbrennenden Kerzen, Weihrauchduft, — Lilien und dem Parfüm der vornehmen, entzündend gekleideten Damen des Olymps im Namen seines Gottes sprach. Freilich verwechselte Peter ein wenig die verschiedenen Mythologien, doch war seine Bildung recht vernachlässigt worden, und man durfte es ihm nicht verargen, wenn er die Großen der Erde, so wie sie waren, bewunderte und alles glaubte, was sie lehrten.

Der weißgewandete Chor durchschritt die Kirche, die Melodie des Liedes: „Vorwärts, christliche Soldaten“ erklang, Peter und seine Freundin verließen die „Kirche des göttlichen Mittelb“, schiederten abermals die Avenue entlang. Dann begaben sie sich in den Park, wo es launig, einsame Eden für junge Leute gab, die sich für einander interessieren. Aber auch, das Schicksal, das Peter verfolgte, wollte ihm auch an diesem Morgen einen bösen Streich spielen. Am Eingang des Parks begegnete Peter dem Genossen Schnitzelmann, einem fetten kleinen Mann, der der bolschewistischen Sozialgruppe angehörte. Peter versuchte, auf die andere Seite zu schauern und vorüberzueilen, doch packte dies dem Genossen Schnitzelmann nicht. Er stürzte sich auf Peter, die fleischige Hand ausgereckt, ein strahlendes Lächeln auf dem runden teutonischen Gesicht. „Ach Genosse Gudge, wie gehts heute morgen?“

„Seht auf, danke,“ erwiderte Peter fast und wollte weiter hasten. Doch hielt Genosse Schnitzelmann seine Hand fest. „So, Sie haben sich die Osterparade angeschaut? Was meinen Sie, können wir allen Lohnsklaven diese paradiesischen Leute zeigen, wir würden aus ihnen rasch genug Bolschewisten machen! Nicht wahr, Genosse Gudge?“

„Ja, das glaube ich,“ entgegnete Peter noch kälter.

„Wir würden Ihnen zeigen, wohin das Geld kommt, wie Genosse Gudge?“ Genosse Schnitzelmann lachte, und Peter sagte hastig: „Adieu,“ nahm seine Freundin beim Arm und zog sie eilends fort.

Aber ach, es war schon zu spät. Etliche Minuten schritten sie in unbehelligtem Schweigen dahin. Dann stand die Maniküre plötzlich still, wandte sich Peter zu: „Herr Gudge,“ fragte sie, „Was bedeutet das?“

Natürlich vermochte Peter nicht zu antworten. Er wagte es nicht, ihren funkelnden Augen zu begegnen, schweig, bohrte seinen Schuh in den Sand. „Ich will wissen, was das bedeutet,“ beharrte das Mädchen. „Sind Sie ein Roter?“

Was konnte der arme Peter sagen? Wie sollte er ihr seine Bekanntschaft mit dem deutschen Agenten, dem deutschen Gesicht erklären.

Das Mädchen stampfte zornig mit dem Fuß. „Sie sind also ein Roter! Sind einer jener produktiven Verräter; Sie sind ein Schwindler, ein Spion!“

Peter war vor Verlegenheit und Bestürzung völlig hilflos. „Fräulein Frisbie, ich kann es Ihnen nicht erklären.“

„Weshalb können Sie es nicht erklären? Weshalb kann ein ehrlicher Mann es nicht erklären?“

„Aber... aber...“ Ich bin nicht, was Sie glauben... es ist nicht wahr. Ich...“ Auf Peters Zunge lagen die Worte: „Ich bin ein Patriot, ein hundertprozentiger Amerikaner, verteidige mein Vaterland gegen jene Verräter.“ Aber die Verunsicherung verlegte seinen Mund, und die kleine Maniküre stampfte abermals mit wutentladenen Augen.

„Und Sie wagen es, meine Bekanntschaft zu suchen? Wagen es, mit mir in die Kirche zu gehen! Wenn ein Polizist in der Nähe wäre, ich zeigte Sie an, ich würde Sie verhaften lassen!“ Und sie blickte sich tatsächlich nach einem Polizisten um. Doch ist es eine bekannte Tatsache, daß nie ein Polizist da ist, wenn man

einen sucht, daher stampfte Fräulein Frisbie wieder auf, zählte Peter ins Gesicht: „Leben Sie wohl, Genosse Gudge!“ Die Betonung, mit der sie „Genosse“ sagte, hätte die trostlose rote Seele zum Erstarren gebracht; sie wandte sich rötend ab, entfernte sich. Peter beobachtete wehmütig die kleinen hohen Absätze, die hinter sich über den Kiesweg dahinschoben. Da sie verschwunden waren, sank Peter auf die nächste Bank, vergrub das Gesicht in den Händen, verharrte reglos, ein Bild des Zammers. Gab es auf der ganzen Welt noch einen Mann, der soviel Unglück mit einem hatte?

LXXI.

Die Tage der Welt-Agonie waren gekommen, die Leute taufen täglich alle Zeitungsausgaben, scharten sich vor den Bulletinboards: werden die Deutschen nach Paris kommen, den Kanal erreichen, Frankreich besetzen? Dann plötzlich führten die merkwürdigen ersten Schläge, warfen bei Chateau Thierry die Deutschen zurück, und ganz Amerika brüllte auf vor Triumph.

Man hätte glauben können, diese Tage seien ungünstig für pazifistische Agitation, doch belagerten die Mitglieder der „Antikriegspflanz-Viga“ so wenig Tagtäglich, daß sie gerade jetzt eine Broschüre veröffentlichten, in der das Follern der Dienstverweigerer in Militärgefängnissen und Exerzierlagern geschildert wurde. Peter hatte sich eifrig an diesem Werk beteiligt, hatte auch in die Broschüre einen gewissen gefährlichen, von Mc. Givens diktierten Satz eingeschmuggelt. Die Broschüre wurde von der Regierung beschlagnahmt und alle Mitglieder der Antikriegspflanz-Viga einsperrte. Sable Todd, Ada Ruth und Donald Gordon wurden verhaftet. Peter tat es leid um Sable Todd, trotzdem sie ihn beschimpfte hatte. Mit Ada Ruth empfand er kein Mitleid, sie war eine Prostituierte, hatte es darauf abgesehen, sich ins Unheil zu stürzen. Was Donald Gordon anbetraf, so war es seine eigene Schuld wenn ihn die Prügel nicht eines Besseren belehrt hatten.

Peter war Mitglied der Antikriegspflanz-Viga, behauptete deshalb, sich verbergen zu müssen, spielte Ada Ruths Cousine, einer Engländerin, eine kleine Komödie vor, und ließ sich in ihrem Haus auf dem Land verstecken. Als Donald Gordon gegen Erlegung einer Kaution aus dem Gefängnis entlassen wurde, mußte Peter eine unangenehme Viertelstunde durchleben, denn der junge Quäker behauptete hartnäckig, er habe den einen Satz, der den ganzen Schaden angerichtet hatte, im Manuskript gestrichen, bevor Peter es in die Druckerei trug. Peter jedoch beharrte darauf, daß Donald irre, und es gelang ihm auch, die andern davon zu überzeugen. Als alle gegen Kaution freigelassen worden waren, verließ auch Peter sein Versteck, besuchte etliche Protestversammlungen in Privathäusern.

Und nun erlebte er ein neues Abenteuer, vielleicht das aufregendste von allen. Es hing abermals mit einem Mädchen zusammen und nahm seinen Anfang in Ada Ruths Heim, wo sich etliche der halbschattigen Pazifisten eingefunden hatten, um zu besprechen, woher das Geld für ihre Verteidigung kommen sollte. Zu diesem Meeting kam auch Miriam Jantowitsch, bloß und schwach, denn sie hatte eine Brustkrebsoperation hinter sich, aber mit ebenso rotem Herzen und Geist wie zuvor. Miriam war, da sie zu schwach war, um allein zu gehen, von einer Freundin begleitet, und diese Freundin hieß Peter in sein neuestes Abenteuer.

Sie hieß Rosie Stern, war eine stämmige, kleine jüdische Arbeiterin, mit drehenden, schwarzen Augen, läppigem, glänzendem, schwarzem Haar, glühenden Wangen und strahlendem Lächeln. Sie kleidete sich, als wisse sie um ihre Schönheit und verstände sie zu würdigen; deshalb wunderte sich Peter keineswegs, daß Miriam ihm mitteilte, Rosie sei keine Kote, könne die roten nicht leiden, sei bloß gekommen, um ihr zu helfen und zu sehen, wie es bei einer Pazifistenversammlung zugehe. Vielleicht gelinge es Peter, aus Rosie eine Kote zu machen. Peter freute sich herzlich, noch nie war ihm das Gewinns der Pazifisten derart widerlich erschienen, als gerade jetzt, da unsere Jüngens die Deutschen an der Warne schlügen und ihre Namen in das ewige Buch der Geschichte schrieben.

Rosie war neu und unerwartet, Peter bemühte sich um sie, bemerkte gar bald mit Entzücken, daß sie sich für ihn interessierte. Natürlich wußte Peter, er stehe hoch über allen Anwesenden, doch wurde diese Tatsache meist nicht anerkannt. Wie immer, wenn eine Frau ihm zulächelte, ließ sein Selbstgefühl auf Hochdruck. Rosie gehörte zu den Leuten, die die Welt nehmen, wie sie ist, und es verstehen, sich dabei zu unterhalten. Während pazifistische Reden gehalten wurden, ließ Peter mit dem Mädchen in einer Ecke, berichtete ihr stützend von seinen drohenden Erlebnissen im Tempel des Jimjumbo und mit Pericles Priam. Rosie vermachte kaum das Lachen zu unterdrücken, ihre schwarzen Augen leuchteten; noch ehe der Abend vorüber war, hatten sich ihre Hände etliche Mal in herzlichem Druck gefunden. Peter erbot sich, Miriam und sie nach Hause zu geleiten. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß er zuerst Miriam heimbrachte. Um diese Stunde waren die Straßen verödet, es ergab sich die Gelegenheit zu einer stilltönen Umarmung, und da Peter heimstrebte, verneigte er mit den Füssen taum den Boden zu betreten.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Der Arbeiter-Aquarianer-Berein A. A. veranstaltete vom 3. bis 5. September in der Kolonnade des Etablissements Sanssouci eine Ausstellung lebender Zierfische, wie sie von Liebhabern gehalten und gezogen werden. Eine Anzahl von Fischen, die beim meinsten Besuche der Veranstaltung erst frisch in ihre Behälter gesetzt waren, schienen noch recht verblüfft und scheu, aber ihre Beobachtung war doch trotz der Schwierigkeiten ganz gut möglich. Die Ausstellung übertraf durch ihre Reichhaltigkeit, die davon Zeugnis ablegt, daß in Arbeiterkreisen der Sinn für das Naturschöne wach ist. Die mannigfachen Formen, von der eleganten schlanken des gewandten Schnellschwimmers bis zu den abenteuerlichsten Gestalten der Flossenbildung und des ganzen Körpers, die weitab von der bekannten Fischegestalt liegen, die leuchtendsten Farben neben dem bescheidenen und doch so ansprechenden Silbergrau der Beschuppung, erfreuten das Auge. Das lustige Treiben der kleinen zumeist ausländischen Wasserbewohner, die spielend und um Liebe werbend in ihren nassen Aufenthaltsräumen sich tummelten, lockten zum längeren Beobachten. Das reichhaltige und die Fortpflanzung der lebend gebärenden Arten ließ sich verfolgen. Leider litt die Ausstellung, die im übrigen unschätzbar zusammengestellt war, an dem Mangel der Möglichkeit der Durchsicht der einzelnen Behälter, wodurch die Lebenslust der Fische nicht unwesentlich beeinträchtigt werden mußte. Aber mit den beschriebenen Mitteln, die der Arbeiterkreis zur Verfügung stehen, konnte für die kurze Zeit der Ausstellung leider ein so umfangreicher Apparat, wie er zur Durchführung nötig gewesen wäre, nicht hergerichtet werden.

In der Ausstellung der Aquarianer A. A. kommt zum Ausdruck, daß der Arbeiter keine Mühe scheut, an den Schätzen der Natur teilzuhaben. Bedeutsam wird dieses Streben, wenn es sich nicht in Einsichtigkeit verliert und zum bloßen Geschäftsbetrieb wird, sondern von der trotz ihres Reichstums doch eng begrenzten Spezialität den Schritt zum geistigen Anschluß an das Naturganze macht. Das Interesse darf sich nicht erschöpfen in der Einstellung auf den kleinen Kreis des Fischlebens, sondern muß darüber hinaus auf den Verständnis des gesamten Lebens in der Natur zu erringen.

suchen. Der Weg führt dann von selbst zur kritischen Betrachtung des Entwicklungsganges der Menschheit in ihren Kulturerhebungen und zur rechten Wertung des Fortschrittsgebaltens im gesellschaftlichen Aufbau des Menschen. Was auch der einzelne Verein programmatisch seine Politik treiben, den Weg zum Verständnis der natürlichen Entwicklung der Bewegungen der Neuzeit wird er anbahnen helfen.

Was der Verein A. A. auf seinem kleinen Gebiete leistet im Zusammenhang mit dem was aus seiner Kleinarbeit für die großen Fragen des Lebens herausgeholt werden kann und muß, sollte die Freunde des Wasserlebens unter der Arbeiterschaft, die nicht im Kleinlichen und Einseitigen verknäueln wollen, bestimmen, sich dem Arbeiter-Aquarianer-Berein A. A. anzuschließen. Die gut gelungene Ausstellung mag dem Arbeiter beweisen, was er im Kleinen zu leisten vermag. Im Anschluß an die Klassengenossen vermag er auch das Größere im Leben zu leisten.

Dr. P.

Drahtloses Telefon Berlin-Kopenhagen. Die deutsche drahtlose Telefonie kann einen außerordentlichen bedeutsamen Erfolg buchen: Es ist vor kurzem gelungen, einen normalen Wechselstromverkehr von Berliner Ortsteiltelefonen über die Hauptantennestelle Königswusterhausen mit Kopenhagen auf drahtlosem Wege durchzuführen.

Die Veruche sind von dem Telegraphentechnischen Reichsamt gemeinsam mit der E. Lorenz A.-G. mit einer von dieser Firma errichteten Poulsen-Anlage in Lyngby-Kopenhagen angestellt worden.

Die Anordnung war bei den Versuchen so getroffen, daß der Teilnehmer über das Ortsnetz Berlin mit der drahtlosen Station Königswusterhausen zum Sprechen verbunden wurde, während er gleichzeitig zum Hören auf eine in Berlin befindliche drahtlose Empfangsanlage geschaltet war. In Lyngby waren dieselben Verhältnisse geschaffen. Für den uneingeschränkten Teilnehmer war während des Gesprächs nicht bemerkbar, ob er auf einer Kabelleitung oder drahtlos gesprochen hatte. Es konnte nur auffallen, daß die Klangfarbe reiner und der Empfang lauter war als bei der Verwendung einer Drahtleitung. Der drahtlose Verkehr zwischen Berlin und Kopenhagen spielte sich genau so ab wie auf einer Drahtleitung, wobei der Teilnehmer, wenn er zum Beispiel ein Wort der Gegenstelle nicht richtig verstanden hatte, sofort unterbrechen und sich die letzten Worte wiederholen lassen konnte. Die Lautstärke, Reinheit der Sprache und Klangfarbe war ausgezeichnet, sogar zu Zeiten, wo ziemlich starke Störer einwirkten, obgleich die für den Versuch in Betracht kommenden drahtlosen Stationen nur mit ganz geringer Energie gearbeitet haben. Jeder einzelne Teilnehmer des Ortsnetzes Berlin hätte von seinem normalen Postapparat aus das drahtlose Gespräch führen können. Dieser Versuch ist der erste eines gegenseitigen drahtlosen Sprechverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland.

Die enorme wirtschaftliche Bedeutung dieses Erfolges liegt darin, daß die drahtlose Telefonie bald einen vollen Ersatz für Ueberseefabel auf große Entfernungen bilden wird. Auch im Schiffsverkehr werden diese Erfolge zu einer unwiderstehlichen Veränderung der Stationen für drahtlose Telegraphie auf Schiffen führen. Die Reedereien werden durch die fortschreitende Technik in der drahtlosen Telefonie dazu veranlaßt werden, ihrerseits auf ihren großen Passagierschiffen drahtlose Telefonstationen einzurichten, damit die Reisenden auch auf hoher See sich drahtlos mit ihrem Geschäft oder ihrer Wohnung verbinden lassen können.

Das Leipziger Volkstheater wird am Donnerstag, 15. September, im Theateraal drei Mahren, Dresdener Straße, Emilia Galotti, von Lessing, zur Erstaufführung bringen.

Städtische Theater. Sonnabend, den 24. September, gelangt im Operntheater die im Arbeitsplan bereits bekanntgegebene Operette Die Frau im Dunkel von Erich Urban, Verse von Eddy Beuth, Musik von Siegfried Schulz, in der Inszenierung von Joseph Groß zur Erstaufführung. Die Titelrolle ist mit der neuverpflichteten Sängerin Maji Berger besetzt. Die übrigen Hauptrollen liegen in den Händen von Frieda Metta, Emma Norrara, Rudi Gasser, Erich Sudmann, Rudolf Ander und Joseph Trautmann. Musikalische Leitung Kurt Zigel. Einstudierung der Tänze Emma Grondona. Die erste Wiederholung von Die Frau im Dunkel findet Sonntag, den 25. September, statt. Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr. Am Freitag, dem 16. September, gastiert Kammerfänger Walter Kirchhoff von der Berliner Staatsoper als Lohengrin und am Sonntag, dem 18. September, als Tristan.

Gustav Mahlers Neunte Sinfonie und die Rheintotensieder gelangen am 18. September unter Leitung von Hermann Scherchen in der Altherhalle zur Aufführung. Solist ist Kammerfänger Julius v. Raab-Brockmann. Das Orchester stellt das weltberühmte verstärkte Orchester Steinweg-Orchester. Hermann Scherchen wird am 17. September, ½8 Uhr abends, im August-Schmidt-Haus in einem Vortrage (mit Instrumentalbeispielen) in die Werte einführen.

Eingelaufene Schriften.

Der Zwiebelisch. Eine kleine Zeitschrift über Wälder und andre Dinge. 12. Jahrgang. Verlag Hans von Weber, München.

Nikolaus Okerroth: Der Streit um die Arbeitsgemeinschaften. Verlag Der Hirn. Berlin W. 35. Preis 3.20 Mk. R. Kuczynski: Ein Ausweg. Gründung der Wirtschaft durch Gründung der Reichsfinanzen. Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin.

Die Meister. Sonderheft: Aus Franz Boeckhs Nachlass. Deutsch-Verlag, München.

Beyers Mode-Zeichner mit großem Schnittbogen. Band 1 Winter 1921. Damenkleidung. Verlag Otto Beyer, Leipzig, Rathausring 13.

Max Kenwich: „Mit-Heidelberg und das Redartal“ mit einem Redartalplan und 52 Bildern. Verlag von J. Hörning in Heidelberg. Preis in Karton-Einband 8 Mk., Gebändeband 20 Mark.

Sonore Daumier: Lithographien 1832-1860. Herausgegeben und eingeleitet von Eduard Fuchs. Mit 90 Textillustrationen und 72 in Originalgröße nachgezeichneten Lithographien: Tafeln. Ein Prachtband in Großfolio. Verlag Albert Langen, München. Preis vornehm geb. 150 Mk. Nummerierte Vorzugsausgabe in Lieberhaber-Baltpergamentband 200 Mk.

Dr. med. Dreu: Die Sexual-Regulation. Ernst Bircher Verlag, Bern. Auslieferung für Deutschland: Carl Körner, Leipzig, Lühner Straße 8. Preis 80 Mk.

Standard-Znamia. Zeitschrift für Literatur, Politik und Kunst. Heft 1. Jahrg. 1921. Herausgeber: Alexander Schreiber. Berlin W. 20. Eisenacher Straße 10. 11.

Arthur Reil: Das sensationelle „Geheimnis“ der Weltkonzerne. Herausgegeben vom Schutzverband Deutscher Sport- und Wettkonzerne. Geschäftsstelle: Carl Köhn, Berlin-Weißensee. Preis 2 Mk.

Der Bastard. Schrift gegen die Zeit. Herausgeber: Morlaan W. von der Brücke jun. und Emilienne Schneider. Heft 1. Jahrg. 1. Verlag: Der Bastard, Leipzig.

14. Sächsischer Fortbildungsschultag und Jahresversammlung des Sächsischen Berufsschulvereins in Riesa am 2. und 3. September.

Im ersten Teil unseres Berichts schlossen wir mit der Bekanntgabe der Resolutionen der Arbeitnehmer bzw. der Arbeitgeber zur Frage der

geordneten Regelung des Lehrlingswesens.

Zu diesem Punkte sprach für die Arbeitnehmer Arbeitersekretär Genosse Ristau. Aus seinen beachtenswerten Ausführungen gehen wir wieder:

Es bedarf keines eingehenden Beweises, daß durchgreifende soziale Reformen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens aus volkswirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Gründen notwendig sind. — Die wesentlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen sind in der Gewerbeordnung vom Jahre 1869 enthalten. — Der Titel VII der Gewerbeordnung (§§ 105 ff.) stammt mit Ausnahme weniger Abänderungen aus dieser Zeit.

Unbestritten hat seit 1869 die Volkswirtschaft ein ganz anderes Gepräge erhalten. Wir sind seit dieser Zeit eigentlich erst in Deutschland in das kapitalistische Zeitalter getreten. Mit dem Menschen, der menschlichen Arbeitskraft ist Raubbau getrieben worden. — Der Krieg hat dieses System auf die Spitze getrieben. — Die Jugend hat unter den Folgen der neueren wirtschaftlichen Entwicklung schwer gelitten, und es bedurfte erst der Selbsthilfe der Jugend, ehe der Erwachsene sich der Jugend annahm. (Widerstrebendes Gemurmel. Lachen.) Jawohl, meine Damen und Herren! Erst als die Jugend sich organisierte, wurde es besser mit ihrer Behandlung. Der Anlaß zu den ersten Grundlagen von Jugendorganisationen in Berlin und Kiel war der Selbstmord zweier Jugendlichen.

Die Berufsausbildung.

liegt heute sehr im argen. Es fehlt an einer richtigen Organisation der Ausbildung. Wie es in der Produktion selbst an jeder Verbesserung fehlt, so auch in der Ausbildung der jungen Menschen zu einem Berufe. Der Staat, die Gesellschaft müssen zu dieser Verbesserung kommen, so daß Handwerk, Großgewerbe, Handel, Landwirtschaft und Hauswirtschaft den nötigen Nachwuchs haben.

Unsere Schule hat für die Berufsausbildung wichtige Vorarbeit zu leisten. Der Arbeitsunterricht, wie er schon des längeren von namhaften Pädagogen gefordert wird ist einmal berufen, Liebe und Verständnis zur praktischen Arbeit zu wecken, ein andermal bedeutende Kräfte und Fähigkeiten hervorzubringen und zu entwickeln. Im Anschluß an die öffentlichen Arbeitsnachweise sind Berufsberatungstellen, die zugleich zentrale Vermittlungsstellen sein sollen, zu errichten. An diesen sollen mitwirken die Lehrerschaft, die Bezirke, die Gewerbeaufsicht, die Berufsvertretungen, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft und Hauswirtschaft.

Die Berufsberatung, verbunden mit der Eignungsprüfung.

hat angemessene Zeit vor der Schulentlassung stattzufinden. Auf die körperliche und geistige Eignung zu einem Berufe wird heute fast gar nicht Rücksicht genommen. Der Wille der Eltern entscheidet zumeist, hier und da auch der Wille der Jugendlichen.

Entscheidenden Einfluß haben aber auch über den Umfang des Lehrlingswesens die betreffenden Berufe und Kreise selbst durch Propaganda für ihr Gewerbe. In Dresden verlassen z. B. 1920 4000 Knaben und 4500 Mädchen die Schule. Es beklammert sich eigentlich niemand direkt um diese 8500 jungen Menschen. (Großer Widerspruch!) Ja, meine Damen und Herren! Wieviel junge Leute werden denn von diesen 8500 untergebracht? Um die übergroße Mehrzahl, die keinem Berufe zugeführt werden können, die unter den Massen der Ungelehrten verschwinden, kümmert sich kein Mensch. (Sehr richtig!) Wer es glaubt durchgehen zu können, läuft wochenlang nach einer geeigneten Lehrstelle herum.

Hier liegt der Haupterschweren. Die letzte Entscheidung, ob ein junges Menschenkind einem Berufe zugeführt wird, und in welchem Berufe der Knabe oder das Mädchen ihre Zukunft gestalten sollen, liegt bei den sozialen Verhältnissen. (Sehr richtig!) Millionen Schulentlassene vergraben alljährlich das Heer der Ungelehrten, weil die Eltern außerstande sind, sie weiter zu unterhalten, vielleicht ein hohes Lehrgeld zu zahlen oder sonstige Aufwendungen für ihre Ausbildung und Heranbildung zu machen. Andere Millionen werden unter den ungünstigsten Bedingungen bei sogenannten Lehrherren untergebracht. — Im Handelsgewerbe wie in der Gewerbeordnung ist das Lehrlingswesen schematisch und ungenügend geregelt. Die Gewerbeordnung vom Jahre 1869, abgeändert durch die Novellen von 1900, 1907, 1908, ist veraltet. (Sehr richtig!)

Das Lehrlingswesen steht in voller Blüte!!!

Zu einem guten Lehrherren gehören nicht nur fachliches Wissen und Können, sondern pädagogisches Talent und eigene tadellose Lebensführung. Die Erziehungsaufgabe des Lehrherren geht u. a. aus den §§ 127 und 127a der Gewerbeordnung hervor. (Inhalten zu guten Sitten, Bewahrung vor Ausschweifung, Ueberwachung des Schulbesuchs, Recht der väterliche Zucht usw.) Für die Qualifikation des Lehrherren als solchen ist den Eltern der Lehrlinge keinerlei Garantie gegeben. Auch nicht durch § 126a der Gewerbeordnung, wonach die Befugnis zum Füllen und zur Anweisung von Lehr-

lingen solchen Personen entzogen werden kann, die sich wiederholt grober Mißhandlungen gegen die anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder die fittlich ungeeignet sind. Hier ist ein orger Mißstand, daß den Innungsmeistern in Lehrlingskreisen eine eigene Gerichtsbarkeit zusteht (§ 81a Ziffer 4 der Gewerbeordnung). Das ist zu bedauern.

Ungeachtete Lehrlingszählereien sind dauernd festzustellen.

Nur aus einer Statistik des Metallarbeiterverbandes Dresden seien folgende Zahlen aus größeren Betrieben der Metallbranche mitgeteilt:

10 gelernte Arbeiter und	24 Lehrlinge
29	42
35	45
21	28
50	58
14	23
103	107
34	32
48	45
22	22
73	66

(Hört! Hört!) Im Handwerksbetrieb ist das Verhältnis oft noch schlimmer. (Sehr richtig!) In meinen Leitfaden fordere ich den obligaten Fortbildungsschulbesuch

für beide Geschlechter bis zum 18. Lebensjahre.

In dieser geschätzten Versammlung brauche ich diese Forderung wohl kaum näher zu begründen. Ich fordere aber Einheitlichkeit im Fortbildungsschulwesen. (Sehr richtig!) Die Fortbildungsschule soll die organische Fortsetzung der Volksschule sein. Deshalb kann auch sie nur aufgebaut werden als Arbeitsschule, d. h. neben dem Fachlehrer soll natürlich auch der seminaristische Lehrer fungieren. So ist unter anderem besonderer Wert auf die Kenntnis des Arbeitsrechtes zu legen. Daneben muß technisches Denken und Schaffen gelehrt werden. — Hier kann man zu neuen Arbeitsmethoden kommen. Bei beiden Geschlechtern soll hier der Grund gelegt werden für eine grundlegende wirtschaftliche, rechtliche und soziale Ausbildung.

Ich denke da an besonders befähigte Jugendliche, die von hier aus besonderen

Wirtschaftsschulen

übergeben werden können.

Das Lehrlingswesen selbst zu regeln und zu überwachen ist einer Zentralstelle nicht möglich. Deshalb sollten Ausschüsse innerhalb eines bestimmten Wirtschaftsgebietes gebildet werden (Berufskommissionen). Diese Berufskommissionen sind paritätisch zusammenzusetzen und haben nach den reichsgesetzlich festzulegenden Grundregeln zu arbeiten. Ihnen liegt insbesondere ob:

1. Die Verhältnisse des einzelnen Betriebes zu prüfen und über das Recht der Lehrlingshaltung oder die Entziehung dazu zu entscheiden;
2. die Höchstzahl der Lehrlinge und Volontäre eines Betriebes wie für die einzelnen Berufe je nach Betriebsart festzusetzen;
3. die Dauer der Lehrzeit — auch nach individuellen Gesichtspunkten — und den Inhalt der Lehrverträge zu bestimmen.

Die Lehrzeit würde auf drei Jahre durchschnittlich festzusetzen sein. Ueber den Inhalt der Lehrverträge wäre zu sagen, daß hier eine grundsätzliche Umgestaltung stattzufinden hat.

Die Lehrverträge sind heute einseitige Diktate der Arbeitgeber oder deren Organisationen. Da ist vor allem die Entlohnungsfrage. Wie häufig sind heute noch Verträge mit vierjähriger Dauer ohne Entlohnung oder mit einer lächerlich geringen Vergütung. Weist dieser Zustand unhaltbar ist und zum Schaden der Volkswirtschaft auslagern muß, deshalb haben schon die Gewerbestellen auf die Zahlung einer angemessenen Entschädigung hingewirkt.

Die Ordnung des Lehrlingswesens kann keinesfalls den Innungen oder den einzelnen Gewerben überlassen bleiben. Das Lehrlingswesen kann in den Tarifverträgen sehr gut festgelegt werden, ja es ist schon geschehen. Jedem Staatsbürger steht laut Verfassung das Koalitionsrecht zu. Warum soll es nun dem Lehrling abgesprochen werden? Sind es doch zum großen Teil die Organisationen, die eine außerberufliche Weiterbildung in jeder Hinsicht vermitteln.

Im übrigen werden Sie durch meine Ausführungen bestätigt gefunden haben, daß eine geordnete Regelung des Lehrlingswesens dringend geboten ist. Nur dann erst kann eine Jugendausbildung gewährleistet werden, die nicht nur von unendlichem Nutzen ist für die Innungen und die einzelnen Gewerbe einerseits und den Lehrling andererseits, nicht nur für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern besonders auch für Sie, meine Damen und Herren, als Berufsschullehrer und -lehrerinnen. (Sehr richtig!)

Syndikus Weber: Der Ausschuss des deutschen Wirtschaftslernens (1) ist der deutschen Qualitätsarbeit zu verdanken. Qualitätsarbeit kann aber nur von Qualitätsarbeitern geleistet werden. Wo ist aber der Qualitätsarbeiter ausgebildet worden? Im Handwerk und Gewerbe als Lehrling. (Zwischenruf: Das stimmt nicht!) Das Handwerk gibt darum die Grundlage zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, indem es einen tüchtigen Nachwuchs schafft. Man kann also im Handwerk nicht vom Lehrlingswesen sprechen. Lehrlingszählereien werden durch die Selbstverwaltungskörper der Innungen selbst unterbunden. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) In solchen Lehrlingszählereien, die Herr Ristau schildert, ist das Handwerk völlig unschuldig. (Zwischenruf: Ihr macht es doch gerade so!) Das Lehrverhältnis ist kein reines Arbeitsverhältnis. Die Einreihung der Lehrlinge in die gewerkschaftlichen

Organisationen bedeutet eine Zerrüttung des Lehrlingswesens und damit auch eine Zerrüttung des Berufsschulwesens.

Berufsschullehrer Sachs (Dresden) unterbreitet den Anwesenden im Namen des Berufsschulvereins Dresden neue Vorschläge und stellt anheim, dieselben der weiteren Debatte zugrunde zu legen. Dem wird auch zugestimmt.

1. Das gesamte Lehrlingswesen ist durch Gesetz zu regeln.
2. Der Lehrvertrag ist Erziehungsvertrag.
3. Die schulische Ausbildung ist ein wesentlicher Teil der Lehrlingsausbildung. Sie soll zeitlich möglichst nicht vor der praktischen Lehre liegen, sondern neben ihr herlaufen.
4. Für die praktische Lehre sind verbindliche Ausbildungspläne — mit festen Lehrzeiten für jedes Jahr — aufzustellen. Ihnen passen sich die Lehrpläne der Schulen an.
5. Der Schulunterricht liegt in den Tagesstunden der Wochentage. Er ist in die Arbeitszeit einzurechnen.
6. Die Lehrlinge sind verpflichtet, die von der Schule geforderten Hausaufgaben zu leisten.
7. Eine etwaige Kürzung der den Lehrlingen zu gewährenden Unterhaltsbeihilfen infolge Schulbesuchs ist unstatthaft.
8. Die Unterhaltsbeihilfen sind so zu bemessen, daß sie die Lehrlinge auch in den Stand setzen, sich unentbehrliche Vermittel für die Schule (z. B. Reisezeuge, Reiseleiter usw. dergleichen) zu beschaffen.
9. Den Lehrlingen sind auch in der praktischen Lehre möglichst alljährlich Ferien zu gewähren. Sie sollen in den Schulferien liegen. Wenigstens sollen die Lehrlinge in den Schulferien während der Tage, an denen sie sonst Unterricht haben, von der praktischen Lehre frei sein.
10. Jede Lehre wird durch eine geordnete geregelte Gesellenprüfung abgeschlossen. Ihren theoretischen Teil übernimmt die Schule.
11. Die Berufsberatungstellen für Jugendliche sind den Berufsschulen anzuschließen. Die Schulen sind unter anderem dahin auszubauen, daß sie die Berufseignungsprüfungen übernehmen können.
12. Ein einheitliches Zusammenarbeiten sämtlicher an der Lehrlingsausbildung interessierter Kreise ist zu erstreben. Alle gesellschaftlichen Organe für das Lehrlingswesen sollen sich darum paritätisch zusammen aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Berufsschule.

Nach längerer Debatte, in der die Vertreter beider Richtungen zum Worte kommen, erhält Genosse Ristau das Schlusswort:

Daß die Meinungen von hüten und drüben so scharf auseinanderprallen, ist jedem verständlich. Es hat auch keinen Zweck, noch länger hin und her zu reden in dieser Angelegenheit. Uns trennt eben eine Weltanschauung. Die Regelung der Lehrlingsverhältnisse durch tarifliche Abmachungen darf nicht unterbunden werden. Die wirtschaftlichen Organisationen müssen den Lehrlingen ihren Schutz angeheben lassen, um das Stärkeverhältnis zwischen Lehrling und Meister auszugleichen. Die Innungen sind alte, verpönte Einrichtungen, die durch die Tatsachen und den Geist der Zeit längst überholt sind. Es widerspricht jedem menschlichen Vernunft, wenn dem Handwerk selbst die Regelung der Ausbildung des Nachwuchses überlassen wird; denn die Lehrlinge sollen zu nützlichen Gliedern eines neuzeitlichen Gemeinwesens erlährt werden. Auf Vorschlag der Geschäftsleitung werden die Sätze des Dresdner Berufsschulvereins und das von den Berichterstattern und den Debattegebern vorgebrachte Material dem Vorstande zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Es soll ein paritätischer Ausschuss zusammengetreten, der die Angelegenheit endgültig regelt.

Nach Erledigung des nächsten Punktes der Tagesordnung: Der hauswirtschaftliche Unterricht an der ländlichen Mädchenfortbildungsschule (Referentin Frä. Pfeifer) und nach einigen kurzen Schlussworten des Vorsitzenden, Herrn Dr. Lehmann, erreichte somit die arbeitsreiche, zur weiteren Tätigkeit anspornende Tagung, ihr Ende.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Von der Pflicht eines Beamten. Das Landgericht Münster hat am 19. März den Kaufmann Karl Berthaler wegen Mißhandlung zu zwei Jahren Zuchthaus und 2000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Als jetzt seine Revision vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam, entstanden Zweifel, ob der Gerichtsbeamte, der die Revisionsanträge zu Protokoll genommen hat, hierzu auch befugt war, d. h. ob die Revision in zulässiger Weise eingelegt worden ist. Der Reichsanwalt gab an, daß die neuen klangvollen Titel, die jetzt den Beamten beigelegt worden sind, nicht immer erkennen lassen, welche Funktion sie ausüben. Er erklärte es aber für so gut wie sicher, daß der betreffende Beamte zur Aufnahme der Revision befugt war; denn es sei nicht anzunehmen, daß ein Beamter etwas tue, wozu er nicht unbedingt verpflichtet sei. Dieser Ausspruch, der ein merkwürdiges Rätsel bei den Mitgliedern des höchsten Gerichtshofes hervorrief, wirkte überaus an. Das Reichsgericht nahm an, daß die Revision zulässig sei, verwarf sie aber als unbegründet, da der Angeklagte für seine Verurteilung, daß er in seiner Vertretung beschränkt worden sei und nicht das letzte Wort gehabt habe, keinerlei Beweise habe vorbringen können.

Billiger Hosen-Verkauf

Vor dem Kriege kostete ein Dollar M. 4.20
Am 1. März d. J. kostete ein Dollar M. 60.93

Am 31. Aug. d. J. kostete ein Dollar M. 86.—
Am 12. Sept. d. J. kostete ein Dollar M. 105.39

Daß der amerikanische Dollar den Wert unseres Geldes bestimmt und damit die Preise für alle Waren, für deren Bezug wir auf den Weltmarkt angewiesen sind, also für fast alle Textilwaren, das weiß jedes Kind. Trotz der seit März eingetretenen weiteren Geldentwertung verkaufen wir unsere Hosen in der Zeit vom 10.—17. September zu den gleichen Preisen wie in der Billigen Hosen-Woche, die wir vom 11.—18. März veranstalteten und dann wegen des starken Zulaufs um weitere acht Tage verlängerten. Danks wie heute haben wir an:

Knaben-Hosen:	Größe 1—3	M. 20.—	25.—	30.—	Größe 7—9	M. 30.—	35.—	40.—
Herren-Hosen:	Größe 4—6	M. 25.—	30.—	35.—	Größe 10—12	M. 35.—	40.—	45.—

Reguläre Preise	M. 65.—	75.—	85.—	95.—	110.—	125.—	140.—	165.—	190.—	215.—	225.—	240.—	290.—
Preise der billigen Woche	M. 50.—	60.—	70.—	80.—	90.—	100.—	120.—	130.—	140.—	165.—	175.—	190.—	240.—

nach dieser Kiste, die Sie beim Einkauf mitbringen wollen

Jünglings-Hosen entsprechend billiger

Die gleichen oder gleichwertigen Qualitäten heute wie damals — Ein besserer Beweis für unsere billigen Preise ist nicht möglich

H. Hollenkamp & Co. • Leipzig

Brüß 28/32

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Ede Reichsstr.

